

Briefwechsel

zwischen

**Dov Ben-Meir, ehemaliger Vizepräsident der Knesset
und Vizebürgermeister von Tel Aviv,
und Autoren des Manifests der 25**

Stand: April 2008

Inhalt

	Seite
I. Manifest der 25 ¹	
II. Dov Ben-Meir an die Autoren des „Manifest der 25“, veröffentlicht in der Frankfurter Rundschau am 16. Januar 2007	3
III. Antwort von Autoren des Manifest am 31. März 2007	7
IV. Zweiter Brief von Dov Ben-Meir an die Manifest-Autoren vom 17. Juli 2007	14
Eingangsbestätigung von Reiner Steinweg	27
V. Antwort von Jörg Becker, Gert Krell, Georg Meggle und Reiner Steinweg	27

¹ Das „*Manifest der 25*“, auf das Ben-Meir sich in seinem ersten Brief bezieht, findet sich in der Dokumentation der Reaktionen auf diesen Text, die Reiner Steinweg für das Forum Crisis Prevention zusammengestellt hat.:
<http://www.crisis-prevention.info/>

II.

Dov Ben-Meir

Freundschaftliche Antwort an die 25 Politologen, die dazu aufrufen, die "besonderen Beziehungen" zwischen Deutschland und Israel aufzukündigen und ihnen eine ausgewogene Basis zu verleihen.

[Verfasst am 15. Dezember 2006, veröffentlicht am 16.1.2007 in der Frankfurter Rundschau

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich habe mit großem Interesse Ihr Manifest, das am 15.11.2006 in der Frankfurter Rundschau veröffentlicht wurde, gelesen und möchte Ihnen für die Offenheit und Aufrichtigkeit danken, mit der Sie Ihre Meinung zum Ausdruck gebracht haben.

Denn nur Offenheit und Aufrichtigkeit können eine intellektuelle und offene Diskussion der Probleme, die Sie ansprechen, ermöglichen.

Erlauben Sie mir bitte zunächst, einige in Ihrem Manifest erhaltene historische Ungenauigkeiten und Missverständnisse richtig zu stellen:

- 1) Ihre Einstellung zum israelisch-palästinensischen Konflikt ist zu meinem Bedauern zu simplifiziert: Es ist richtig, dass der Holocaust Völker und Staaten davon überzeugte, im Jahre 1947 für die Errichtung eines jüdischen Staates zu stimmen. Aber sie votierten auch gleichzeitig für die Errichtung eines arabisch-palästinensischen Staates. Die Palästinenser lehnten das Angebot ab und entschieden, uns mit Hilfe der ausgerüsteten Armeen der fünf arabischen Nachbarländer ins Meer zu treiben. Nun stellen Sie sich bitte vor, welches Idyll zwischen uns und den Palästinensern herrschen könnte, hätten sie die Resolution so wie David Ben-Gurion akzeptiert?
- 2) Das palästinensische Flüchtlingsproblem entstand hauptsächlich durch diesen Krieg. Anstatt die Flüchtlinge in den arabischen Ländern aufzunehmen oder ihnen einen Staat in der Westbank bzw. im Gazastreifen (beide Gebiete waren 19 Jahre!! unter jordanischer bzw. ägyptischer Herrschaft) zu errichten, wählte man, sie in Lager zu zwängen, um sie als politische Waffe gegen Israel zu benutzen und sie dort auf den kommenden militärischen Angriff auf Israel warten zu lassen.
- 3) Hieraus folgt, dass die anhaltend schwere Lage der Palästinenser nicht alleine aus dem Holocaust und der Einwanderung der jüdischen Flüchtlinge aus Deutschland nach Palästina resultiert. Schließlich hat Westdeutschland nach dem Krieg ca. 15 Millionen deutsche Flüchtlinge, die aus Polen und dem Sudetenland vertrieben worden waren, aufgenommen. Bestand eine solche Verpflichtung nicht auch für arabische Staaten, die in Petrodollars schwammen und diese in europäischen Spielkasinos verschwendeten?
- 4) Obgleich Israel schon fast 60 Jahre existiert und als regionale Supermacht gilt und obwohl die palästinensische Bevölkerung andererseits keine Möglichkeit hat, Israel militärisch zu besiegen, ist die Mehrheit der Palästinenser heute genauso wenig wie vor 58 Jahren bereit, das Existenzrecht Israels im Nahen Osten anzuerkennen. Dies ist nicht nur der Standpunkt der Hamas, sondern jedes überzeugten Muslims, der in der Existenz Israels eine Beleidigung und eine Verletzung der heiligen Kontinuität des dem arabischen Volk gehörenden Bodens sieht.

- 5) Arafat wurde anlässlich seines Besuches in der Moschee von Johannesburg im Jahre 1994 gefragt (nach der Unterzeichnung der Osloer Abkommen), warum er die erklärte Haltung der muslimischen Welt, das Verbot, mit Israel Frieden zu schließen, verraten hat (diese Frage wurde ihm gestellt, weil sich die arabischen Staaten basierend auf dieser Ablehnung nach 1967 weigerten, ein Abkommen mit Israel zu unterzeichnen und sich für die berühmten drei Neins entschieden?) Er antwortete (wir besitzen Aufzeichnungen seiner Rede), dass er nur das tat, was der Prophet Mohammed vor ihm tat. Wie bekannt ist, schloss Mohammed mit den Einwohnern Mekkas vom Stamm der Kureisch einen 10jährigen Frieden, den er nach 3 Jahren, als er sich stark genug fühlte, brach. Alle Einwohner der Stadt wurden mit dem Schwert ermordet.

Arafat fügte auch hinzu, dass es die Pflicht jedes Muslims sei, Kompromisse einzugehen, wenn er schwach sei, dass er aber sein endgültiges Ziel nicht aufgeben dürfe, wenn der Tag der Rache käme.

- 6) Und deshalb sehr geehrte Damen und Herren: **Wir fürchten uns! Wir fürchten uns sehr!** Vor dem Hass, der nicht abgebaut werden kann (ich werde an dieser Stelle nicht auf Dutzende von Versuchen eingehen, die wir unternahmen, um Frieden zu schließen und zurückgewiesen wurden); vor den Terror-Organisationen mit Al Qaida an ihrer Spitze; vor der im Iran tickenden Zeitbombe, auf die einzugehen, Sie nicht bereit sind und vor dem iranischen Präsidenten, der erklärt, dass er die Absicht hegt, ein Land, das UN-Mitglied ist, zu zerstören. Und Sie schweigen alle.

Und wir fürchten uns, dass der islamische Fundamentalismus in Pakistan erstarken und Extremisten den Zugriff auf vorhandene Atomwaffen ermöglichen wird.

- 7) Und vor allem fühlen wir uns wieder isoliert, weil wir aus Erfahrung gelernt haben und wissen, dass die europäische „Objektivität“ höchstens Protestentscheidungen in den Parlamenten sowie Protestschreiben, die das Papier nicht wert sind, auf dem sie geschrieben werden, erzeugen wird.

Wahrlich meine gelehrten Freunde, das Problem hat nicht mit Hitler angefangen! Nicht er hat den deutschen Juden befohlen, den Judenstern zu tragen, ihm sind andere Deutsche zweihundert Jahre zuvorgekommen! Und nicht er war es, der Moses Mendelssohn anlässlich seines ersten Besuches in Berlin dazu zwang, die Stadt durch das Viehtror zu betreten... und nicht Hitler war es, sondern der Komponist Wagner, der bereits im Jahr 1848 eine Schmähchrift über die Juden in der Musik schrieb.

Und so fürchten wir uns sehr vor dem neuen Erwachen des Antisemitismus, dessen Glut bereits heute unter den Füßen der Juden in vielen europäischen Ländern und insbesondere in Deutschland zu spüren ist. Vergessen Sie nicht, dass hier die Rede von einem böartigen Kriegs[Krebs]geschwür ist, das sich schon viele Jahrhunderte in das Fleisch Deutschlands frisst, das wiederkehren und sich so ausbreiten kann, dass es Ihre demokratische Existenz ein weiteres Mal bedroht.

- 8) Und was noch viel beunruhigender ist, ist die Tatsache, dass Sie als Ausgangspunkt Ihres Manifestes Deutschland wie ein demokratisches und erleuchtetes Land behandeln, dessen ganze antisemitische Vergangenheit (noch vor dem Holocaust) eigentlich nicht existierte; als ob die geleisteten Entschädigungszahlungen und die exklusive Auseinandersetzung mit der Holocaust-

Epoche und nicht mit der chronischen Krankheit, die sich unter vielen in der deutschen Öffentlichkeit einnistet, Deutschland heute von der Verpflichtung befreien würden, besondere Beziehungen mit dem jüdischen Staat zu unterhalten. Und deshalb ist Ihrer Meinung nach der Zeitpunkt gekommen, eine objektive Haltung im israelisch-palästinensischen Konflikt einzunehmen.

Jedoch, sehr geehrte Damen und Herren, fehlt die zweite Seite der Gleichung unserer gegenseitigen Beziehungen: Ich meine hiermit, dass **das jüdische Volk Deutschland die Rückkehr in die Völkergemeinschaft ermöglichte (Deutschland wurde bis zu jenem Zeitpunkt als leprös angesehen)**, indem es bereit war, nur acht Jahre nach dem Holocaust, einen Versöhnungsvertrag mit Ihnen zu unterzeichnen, geistige Größe bewies sowie die Fähigkeit zeigte, die Wunden der Vergangenheit zu überwinden. (Der jüdische Boykott Spaniens infolge der Judenvertreibung im Jahre 1492 dauerte fast 500 Jahre!)

Deshalb ist die Unterstützung, die Sie uns gewähren, nicht nur ein Tribut finanzieller Entschädigungszahlungen und politischer Unterstützung! Dies ist Ihre innere Schutzformel, dass Sie weiterhin ein demokratischer Staat bleiben können und dass Sie mit dem inneren negativen Phänomen, das sich zu unserem Bedauern noch immer in Ihren politischen Gruppen einnistet, fertig werden können.

Es war David Ben-Gurion, der uns auftrag, die besondere Beziehung mit dem deutschen Volk zu schützen, um Ihnen zu helfen, ein „**anderes Deutschland**“ aufzubauen, ein demokratisches, erleuchtetes und tolerantes. So lange die **besonderen Beziehungen** zwischen den beiden Staaten bestehen, ist die demokratische Staatsform in Ihrem Land garantiert. All dies steht keinerlei Zusammenhang mit dem israelisch-palästinensischen Konflikt!

Es gibt in Ihrem Manifest auch eine unglückliche Äußerung: Der Versuch, jüdische Wissenschaftler und Philosophen, die seinerzeit auf beschämende Weise von ihren Professorenfreunden aus deutschen Universitäten und wissenschaftlichen Institutionen verwiesen und zu Flüchtlingen wurden, zu rekrutieren. Sie wollten nicht gehen, sie strebten danach, weiterhin jüdische Deutsche zu sein, die friedlich in ihrem Land sitzen, sie attackierten Deutschland nicht und drohten nicht, es zu zerstören, wie es die Palästinenser mit Israel taten – und Sie führen diese Wissenschaftler und Philosophen an, **ausgerechnet diese**, um die palästinensische Seite zu rechtfertigen. Diese Einstellung beinhaltet mehr als eine Spur von Zynismus...

9) Zum Schluss gestatten Sie mir bitte, einige faktische Fehler zu korrigieren, die Ihnen in Ihrem Manifest unterlaufen sind:

a) Der jüdisch-palästinensische Konflikt im Eretz-Israel (Land Israel) wurde nicht durch die Immigration deutscher Juden in das Land Israel ausgelöst. Dutzende von Juden wurden bereits viele Jahre vorher von Palästinensern umgebracht:

Schon im Jahre **1886** überfielen die arabischen Nachbarn Petah Tikva, die erste Siedlung, die im Land Israel von Juden in der Nähe von Jerusalem gegründet worden war, um sie zu vernichten.

Im Jahre **1920** wurden die jüdischen Siedlungen im Norden des Landes und in Jerusalem angegriffen.

Im Jahre **1921** wurden Tel Aviv, Jaffa und die an der Küste gelegenen jüdischen Siedlungen im Zentrum des Landes angegriffen.

Im Jahre **1929** überfielen die Einwohner Hebrons ihre jüdischen Nachbarn, mit denen sie viele hunderte von Jahren zusammengelebt hatten, vergewaltigten und schlachteten (**genauso!**) fast hundert von ihnen.

- b) Der Führer der Araber im Land Israel, Hadsch Amin al-Husseini, der in den Jahren 1936-1939 die blutigen Zusammenstöße von Juden und Arabern im Land Israel organisiert hatte und von den Briten ausgewiesen wurde, kam später nach Berlin und volontierte bei der Rekrutierung muslimischer Truppen zur Unterstützung der Nazi-Armee, nachdem sich Hitler verpflichtet hatte, die jüdische Ansiedlung im Land Israel zu vernichten. Somit ist es nicht die Immigration von etwa 120.000 deutschen Juden ins Land Israel (übrigens befanden sich bereits Mitte der Dreißiger Jahre 330.000 Juden im Lande, die Einwanderung aus Deutschland erhöhte ihre Zahl auf 450.000), die den palästinensischen Widerstand gegen eine jüdische Präsenz im Land Israel auslöste.

Zusammenfassung

Deutschland muss und kann sich nicht seinen besonderen Beziehungen mit dem jüdischen Staat entziehen und zwar aus allgemein moralischen als auch aus subjektiv egoistischen Gründen der deutschen Gesellschaft, die dafür Sorge tragen muss, dass sie nicht von neuem in antisemitische Abgründe rollt. Und dies trotz der Versuche der Muslime, Deutschland die Schuld für die Errichtung des Staates Israel zuzuweisen. Andererseits sollten die von mir oben angeführten Fakten, Deutschland nicht von seinen Bemühungen abhalten, bei der Schlichtung des Konfliktes zu helfen; im Gegenteil: Israel wird eine solche Beteiligung begrüßen, in der Hoffnung, dass sie wirklich helfen wird. Wem es gelingen sollte, die Hamas, die Hizbullah, Al-Qaida, die muslimischen Brüder und die Iraner davon zu überzeugen, die Existenz des jüdischen Staates im Nahen Osten zu akzeptieren, der hat sich ein ruhmvolles Blatt in der Weltgeschichte verdient.

Hochachtungsvoll

Dov Ben-Meir

Vizepräsident der Knesset (a.D.)

III.

AutorInnen des „Manifests der 25“ Antwort an Dov Ben-Meir (30.3.2007)

Sehr geehrter Herr Ben-Meir,

wir haben Ihre ausführliche und freundschaftliche Antwort auf unsere Überlegungen zu den deutsch-israelischen Beziehungen mit Respekt und großem Interesse zur Kenntnis genommen, und wir bitten um Entschuldigung, dass wir Sie mit unserer Antwort so lange haben warten lassen.

Wir wissen uns mit Ihnen einig darin, dass „nur Offenheit und Aufrichtigkeit (...) eine intellektuelle und offene Diskussion der Probleme (...) ermöglichen.“ Dieser Grundkonsens ist uns sehr wichtig und wiegt in unserer Sicht mehr als so manche Differenz, auf die wir im Folgenden eingehen. Das gleiche gilt für die Freundlichkeit, mit der Sie uns entgentreten.

Über die „historischen Missverständnisse“, die Sie anführen, lassen wir uns gern aufklären. Manches war uns in der Tat nicht klar. In manchen Punkten können wir allerdings Ihre Bewertung nicht teilen. Wir folgen Ihrer Gliederung und beantworten Ihre Punkte der Reihe nach:

Ad 1: Ja, Sie haben recht, hätten die Palästinenser und die angrenzenden arabischen Staaten bereits im November 1947 den Teilungsplan der UN akzeptiert, wäre Israel, Palästina und der ganzen Region viel Blutvergießen und Leid erspart geblieben. Wir wünschten, es wäre so gewesen. Aber wenn wir uns in die Lage der Palästinenser und der Araber insgesamt hineinversetzen, können wir verstehen, wenn auch, da für uns UN-Resolutionen verbindlich sind, nicht billigen, dass sie sich der Empfehlung der UN-Generalversammlung damals widersetzt haben. 55 % des Landes – so unsere Information, korrigieren Sie uns bitte, wenn sie nicht zutreffen sollte – an ein Drittel der Gesamtbevölkerung, die ansässigen und eingewanderten Juden, abzutreten, die weniger als 6% des gesamten Boden Palästinas besaßen – konnte man erwarten, dass eine solche Entscheidung einfach hingenommen wird?. Und dies angesichts der Tatsache, dass die israelische Führung eigentlich das *ganze* Land Palästina westlich des Jordans beanspruchte. (Jedenfalls hatte Ben Gurion das 1942 und früher erklärt. Es ist naheliegend, dass die arabische Seite fürchtete, dass es mit der Teilung nicht sein Bewenden haben werde. Oder gab es im Herbst 1947 israelische Zusicherungen, die geeignet waren, diese Befürchtung zu zerstreuen?)

Historisch nicht zur Gänze zutreffend ist unseres Wissens Ihr Satz *„Die Palästinenser lehnten das Angebot ab und entschieden, uns mit Hilfe der ausgerüsteten Armeen der fünf arabischen Nachbarländer ins Meer zu treiben.“* König Abdullah von Jordanien hatte doch in geheimen Verhandlungen mit der israelischen Seite geäußert, nur die Herrschaft über den arabisch besiedelten Teil Palästinas zu wollen – und er hat sich im Krieg entsprechend verhalten.²

Ad 2: Sie schreiben: „Das palästinensische Flüchtlingsproblem entstand durch diesen Krieg [von 1948].“ Dieser Satz stimmt dem „Großen Ploetz“, einer allgemein anerkannten Enzyklopädie, zufolge nur teilweise. Er klammert aus, dass der Angriff

² Wir stützen uns bei dieser Einschätzung auf: Avi Shlaim, *Collusion Across the Jordan. King Abdullah, the Zionist Movement and the Partition of Palestine*, 1988.

jüdischer Untergrundgruppen auf das arabische Dorf *Deir Jasin* bereits im April 1948, also Wochen vor dem Angriff der arabischen Staaten am 15. Mai, eine Massenflucht auslöste, und dass viele Palästinenser wie u.a. Ihre Landsleute Benny Morris und Ilan Pappé nachgewiesen haben, nicht freiwillig geflohen sind, sondern vertrieben wurden.³ Auch scheint es eine bewusste Entscheidung der jungen israelischen Regierung gewesen zu sein, nach Kriegsende die Flüchtlinge und Vertriebenen nicht wieder ins Land zu lassen. Und *wenn* von den Arabern die Akzeptanz der Teilungsempfehlung der UN-Generalversammlung vom 29.11.1947 zu verlangen war, dann auch von der israelischen Regierung die Realisierung der jährlich bekräftigten, von Israel beim UN-Beitritt 1949 akzeptierten Resolution 194 vom 11. Dezember 1948, die das Rückkehrrecht aller Flüchtlinge und Vertriebenen der Region, gleich welcher Nationalität und welchen Glaubens, fordert.

Wir möchten aber noch einmal bekräftigen, dass gegenseitige Unrechtsaufrechnungen die Situation nicht verbessern können. Selbstverständlich können Sie den Hinweis auf *Deir Jasin* (oder auf die jüdischen Angriffe auf Einrichtungen der widerstrebenden britischen Mandatsmacht) mit einem vorangehenden Angriff arabischer Widerstandskämpfer beantworten, und vice versa zurück bis ins 19. Jahrhundert. Eine tragfähige, zukunftsorientierte Lösung kann nur auf anderem Wege gefunden werden.

Ad 3: Wir stimmen mit Ihnen überein, dass das Flüchtlingselend der Palästinenser nicht *allein* aus dem Holocaust resultiert. Unsere Absicht war auch nicht historiographischer Art, das hätte ein ganz anderes Text-Format erfordert; vielmehr wollten wir einen Kernpunkt ansprechen, der im öffentlichen Diskurs und im Selbstverständnis der *Deutschen* unserer Meinung nach unterbelichtet ist: das von Ihnen unter 1) anerkannte Faktum, dass es letztlich auch der Holocaust war, der „Völker und Staaten davon überzeugte, im Jahr 1947 für die Errichtung eines jüdischen Staates zu stimmen“, auch wenn es unter dem Mantel dieses Konsenses weniger rühmliche Nebenmotive gegeben haben könnte.

Die Integration der deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen aus dem heutigen Polen und Tschechien nach 1945 in Westdeutschland hatte grundlegend andere Voraussetzungen als die Situation der arabischen Flüchtlinge und Vertriebenen: Deutschland hatte erstens unzweifelhaft einen Angriffskrieg geführt, der rund 20 Millionen Bürgerinnen und Bürgern der Sowjetunion das Leben kostete und große Teile russischen Territoriums verwüstete. Dieser bedrückenden Tatsache konnte sich nach 1945 niemand entziehen. Eine der Folgen war die sog. Westverschiebung der polnischen und deutschen Bevölkerung, Vertreibung und Umsiedlung mehrerer Millionen Menschen. Sie wurde in Polen, aber auch in Deutschland als Folge der deutschen Verbrechen begriffen, zumindest von der großen Mehrheit der Politiker. In Palästina dagegen kam der primäre Angriff auf die seit Jahrhunderten bestehenden Siedlungsverhältnisse aus der Sicht der *Araber* von den Juden, die auf arabischem Territorium einen eigenen Staat für sich beanspruchten. Auch dann, wenn man diesen Vorgang nicht als Angriff auf das damals noch junge arabische Nationalbewusstsein wertet, sind die Handlungen während des Teilungskrieges in keiner Weise mit dem vergleichbar, was sich Deutschland in Polen und Russland hat zu Schulden kommen lassen, selbst wenn man vom Genozid an den Juden sowie an den Sinti und Roma für einen Moment absehen würde (Strategie der verbrannten Erde, Verhungern lassen von Hunderttausenden sowjetischer Gefangener, Terror-

³ Ilan Pappé spricht sogar von planmäßigen ethnischen Säuberungen: Ilan Pappé, *The Ethnic Cleansing of Palestine*, 2006.

herrschaft in Polen, Zwangsarbeit, extrem brutale Niederschlagung des Warschauer Aufstands von 1944 usw.) Es gab im Unterschied zur Situationen in Palästina nach 1948 einfach kaum eine moralische oder gar politische Basis dafür, den ost-deutschen Flüchtlingen eine Rückkehr in ihre Heimat selbst in ferner Zukunft in Aussicht zu stellen.

Zeitgeschichtliche Dokumente zur Beurteilung der Lage der deutschen Flüchtlinge in den ersten Jahren nach Kriegsende zeigen übrigens, dass die Bereitschaft der westdeutschen *Bevölkerung*, Flüchtlinge und Vertriebene zu integrieren, sehr niedrig war. Sie wurden in einigen Regionen ähnlich betrachtet und mit vergleichbaren Etiketten belegt wie heute teilweise die in Deutschland lebenden Migranten und von mindestens 15 % der deutschen Bevölkerung noch immer (es ist eine Schande!) die Juden. Aber wahrscheinlich wäre es möglich gewesen, mit stärkerer arabischer Hilfe das Los der palästinensischen Flüchtlinge in den Lagern zu lindern. Es nicht zu tun, war zweifellos ein bewusster politischer Akt auf Kosten unschuldiger Menschen, den wir so wenig billigen möchten wie Sie. Bei dieser Bewertung ist allerdings zu berücksichtigen, dass wiederum laut Ploetz, um eine allgemein anerkannte Quelle zu zitieren, im Jahre 1978 von insgesamt 1,75 Mio zu diesem Zeitpunkt registrierten Flüchtlingen immerhin 880.000, also gut die Hälfte, in das Wirtschaftsleben der arabischen Länder voll integriert waren – angesichts der im Gegensatz zu Deutschland schwachen Industrialisierung dieser Länder eine Leistung, die Anerkennung verdient.

Ad 4: Das „Existenzrecht Israels“ wurde unseres Wissens auf saudische Initiative hin unter der Bedingung, dass Israel sich auf die Grenzen von 1967 beschränkt, von den Staaten der Arabischen Liga im Jahre 2002 ausdrücklich anerkannt. Die völkerrechtliche Anerkennung Israels in diesen Grenzen durch die große Mehrheit der Staatengemeinschaft steht ohnehin nicht zur Debatte. Die Freundschaft, von der wir in unserem Text sprechen, setzt diese Anerkennung selbstverständlich voraus. Dass die Hamas, die zu einer solchen Anerkennung bisher leider nicht bereit war, bei den letzten Wahlen in Palästina die Mehrheit bekam, hat unseres Wissens viele, sehr heterogene Gründe, unter anderem den durch Korruption gekennzeichneten Umgang mit den Staatseinnahmen des Autonomiegebietes. Es wäre daher unangemessen, die Wahl als Volksabstimmung über Anerkennung oder Nicht-Anerkennung Israels zu werten. Vor einer solchen Volksabstimmung wäre unseres Erachtens dafür zu sorgen, dass die explizite Anerkennung Israels erkennbare Vorteile für die Bewältigung des täglichen Lebens in Palästina und die Zukunft eines lebensfähigen palästinensischen Staates bietet. Wir sind nach allen uns zugänglichen Quellen davon überzeugt, dass unter diesen Bedingungen eine deutliche Mehrheit sich für eine Anerkennung Israels aussprechen könnte, und zwar unabhängig davon, wie die Hamas sich dann positioniert. Wir würden eine solche, unter internationaler Aufsicht durchgeführte Volksabstimmung (der eine entsprechende Volksabstimmung in Israel über die Anerkennung eines palästinensischen Staates folgen oder noch besser vorangehen könnte) unter im einzelnen auszuhandelnden Voraussetzungen befürworten und deutsche Unterstützung dafür anmahnen.

Einzelne auf Gewalt setzende Gruppen würden sicher auf beiden Seiten versuchen, eine solche Abstimmung zu sabotieren und ihr Ergebnis missachten. Dennoch wäre den Gewaltstrategien damit die entscheidende Legitimation entzogen, ein wesentlicher Schritt! Auf die Dauer wird auch die Hamas, will sie ihre Stellung in der palästinensischen Gesellschaft wahren, Israel in diesen Grenzen, und wenn es seinerseits die Besatzung beendet und die Hoheitsrechte Palästinas respektiert,

anerkennen müssen. (Der Nordirlandkrieg oder der salvadorianische Bürgerkrieg sind Beispiele dafür, dass auch äußerst militante Gruppen sich irgendwann der Friedenssehnsucht der Bevölkerung beugen.) Signale in diese Richtung gab es ja schon. So wurde von der Hamas bzw. ihrem Chefberater Ismael Hanija Ahmed Yousef laut New York Times vom 1. 11. 2006 eine „hudna“ ins Spiel gebracht, ein Vorschlag zu einem umfassenden Waffenstillstand, der „die Parteien [verpflichtet], während dieser Zeit (etwa 10-Jahre) nach einer dauerhaften, gewaltlosen Lösung ihrer Differenzen zu suchen.“

Sie schreiben: *„Obgleich Israel schon fast 60 Jahre existiert und als regionale Supermacht gilt und obwohl die palästinensische Bevölkerung andererseits keine Möglichkeit hat, Israel militärisch zu besiegen, ist die Mehrheit der Palästinenser heute genauso wenig wie vor 58 Jahren bereit, das Existenzrecht Israels im Nahen Osten anzuerkennen.“* Ein Grund für die Veröffentlichung unserer Überlegungen ist genau dieses: Alle auf primär militärische Macht gestützte Sicherheit steht auf tönernen Füßen, in der Moderne noch mehr als in früheren Jahrhunderten, das ergibt sich jedenfalls aus den Befunden der Friedens- und Konfliktforschung. Letztlich werden andere, nicht-militärische Faktoren über Israels Zukunft entscheiden, unter anderem die Bereitschaft Israels, im Falle einer friedlichen Lösung dem dann existierenden Staat Palästina wirtschaftliche und technologische Hilfe zu leisten.

Ad 5: Viele von uns kannten Arafats Rede in Johannesburg von 1994 nicht. Seine Doppelzüngigkeit ist abscheulich. Aber sie ist zugleich nicht so außergewöhnlich, wenn wir an die europäische Geschichte denken, ist also keineswegs aus einem angenommenen arabischen Nationalcharakter oder muslimischer Tradition erklärbar. Friedensschlüsse sind nur allzu oft Kompromisse, die zähneknirsch eingegangen werden in der Hoffnung auf spätere Revision unter günstigeren politischen Umständen. Es kommt wesentlich darauf an, ob a) auf den Friedensschluss eine für die Bevölkerung positive wirtschaftliche und soziale Entwicklung sowie internationale Anerkennung folgt, die die Revisionsträume verblassen lässt. Der „Tag der Rache“ wird dann der St. Nimmerleinstag, und der Rest wird hohle Rhetorik zur Beruhigung der immer vorhandenen widerstrebenden Geister in den eigenen Reihen. Allerdings muss b) eine aktive Begegnungs- und Versöhnungsarbeit hinzukommen, so die deutsche Erfahrung insbesondere mit Frankreich, Polen und Tschechien. Wir haben seinerzeit mit Freude zur Kenntnis genommen, dass die israelische Gewerkschaft ha' Histadrut zwischen 1994 und 2000, bis zur zweiten Intifada, mit staatlicher Unterstützung zahlreiche Begegnungen zwischen israelischen und palästinensischen Jugendlichen organisiert hat, und einige von uns haben sie in der Endphase dabei unterstützt. Hier wäre wieder anzuknüpfen.

Ad 6: Ihr Bekenntnis *„Wir fürchten uns! Wir fürchten uns sehr“* ist der Satz Ihrer Antwort, der uns am meisten berührt und erreicht hat. Wir glauben Ihnen und nehmen Anteil daran! Es muss furchtbar sein, unter solchen Umständen leben zu müssen – und das nach der Erfahrung des Holocaust. Sie wird, daran haben wir keinen Zweifel, mit jeder auf Israel abgeschossenen Rakete und mit jedem Attentat wieder aufgerufen – unvermeidbar und schrecklich. Israel (und Palästina nicht weniger) braucht alltägliche Sicherheit, soweit diese unter modernen Bedingungen überhaupt erreichbar ist. Darin haben wir Konsens. Es ist uns ein großes Anliegen, dass die relative Sicherheit, die wir in Europa derzeit genießen (die Massaker von London und Madrid haben uns gezeigt, wie relativ sie ist), auch im Nahen Osten einkehrt.

Mit großer Besorgnis sehen wir jedoch, dass die Reise derzeit in die entgegengesetzte Richtung zu gehen scheint, wenn wir die Informationen, die aus Tel Aviv, Teheran, Washington und London zu uns dringen, richtig deuten. Wir haben in unserem Manifest deshalb nicht zum Iran Stellung genommen, weil wir den Text auf den Kernpunkt der Beziehung zwischen Deutschland und Israel sowie Palästina beschränken und nicht auf die gesamte Nahostproblematik ausweiten wollten. Keine Frage, dass die Rhetorik der iranischen Mullahs seit den 60er Jahren bedrohlich und zu verurteilen ist. Wir haben großes Verständnis dafür, dass Israel darauf empfindlich reagiert. Allerdings sind wir überzeugt, dass ein Militärschlag gegen Iran der falsche Weg wäre, dieser potentiellen Bedrohung zu begegnen. Er wird die Sicherheitslage – nicht nur im Nahen Osten – noch einmal und noch dramatischer verschlechtern als der sog. Präventivkrieg gegen und in Irak. Und er wird nach allgemeiner Einschätzung die Fähigkeit des Iran, Atomwaffen zu produzieren, nur um wenige Jahre verzögern, stattdessen aber das längst überfällige Mullah-Regime über Jahre hinaus festigen. Aus unserer Sicht wäre es erfolgversprechender, gegenüber dem Iran eine ähnliche Strategie zu fahren wie seinerzeit gegenüber Libyen, dessen „Revolutionsführer“ Ghaddafi ebenfalls den Mund sehr voll genommen hatte. Heute kooperiert dieser Staat mit dem Westen, und niemand wird mehr behaupten, dass eine akute Bedrohung von ihm ausginge. (Wir verweisen dazu auf eine Studie von Harald Müller, Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung/Frankfurt/a.M., die zeigt, dass es gerade *nicht* militärischer Druck war, der zu diesem Ergebnis führte.⁴)

Aus eben diesem Grunde sind wir in unserem Text auch nicht auf die Rolle Syriens und die Problematik der Golanhöhen eingegangen. Wir glauben jedoch Anzeichen dafür zu sehen, dass Syrien an einer Friedensvereinbarung mit Israel, so wie sie mit Ägypten und Jordanien vollzogen wurde, höchst interessiert ist, vielleicht auch um sich dem iranischen Einfluss entziehen zu können. Je länger die israelisch-palästinensische Konfrontation andauert, um so größer wird die Gefahr, dass die islamistisch-fundamentalistischen Kräfte in diesen Ländern an Einfluss gewinnen und die Konfliktlage noch brisanter machen. Deshalb bedauern wir, dass die ersten Vereinbarungen auf nachgeordneter Ebene, über die vor einiger Zeit in der Presse berichtet wurde, bisher von der israelischen Regierung nicht aufgegriffen wurden. Allein auf die amerikanische Unterstützung zu setzen, halten wir für einen Fehler. Es könnte der Tag kommen, an dem die weltweite und die inneramerikanische Entwicklung die USA dazu veranlassen, ihre derzeit bedingungslos erscheinende Unterstützung Israels wieder zu relativieren.

Die al-Qaida ist unseres Wissens bisher im Nahen Osten, außer im Irak, und dies erst *nach* Intervention der USA und ihrer Verbündeten, nicht in nennenswertem Umfang aktiv geworden. Der drohende Zugriff der islamistischen Kräfte Pakistans auf die pakistanischen Atomwaffen ist wahrscheinlich nicht durch eine Politik zu stoppen, die in der muslimischen Welt als islamfeindlich wahrgenommen wird, im Gegenteil. Generell wäre eine atomwaffenfreie Zone, verbunden mit einer ständigen Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit nach dem Vorbild der KSZE, die den gesamten Nahen und Mittleren Osten umfasst, aus unserer Sicht die beste Lösung dieser Probleme. Sie müsste natürlich auch Israel einschließen.

Ad 7: Ihr Misstrauen gegen Europa ist angesichts der über Jahrhunderte andauernden europäischen Judenverfolgungen und Antisemitismus nur allzu ver-

⁴ Harald Müller, Libyens Selbstentwaffnung. Ein Modellfall?, HSKF Report 6/2006, Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung Frankfurt/a.M., <http://www.hsfk.de>

ständig. Wir haben in unserem Text ja explizit, wenn auch nur kurz, auf diese Vorgeschichte des Holocaust verwiesen, die auf keinen Fall ausgeklammert werden darf. Und wir bedauern sehr, wie unsere Vorfahren hervorragende Lehrer der Gleichberechtigung, Toleranz und Weltoffenheit wie Moses Mendelssohn gedemütigt haben. Für Friedrich II. von Preußen sollte allein schon deshalb, weil er die Juden von seiner viel gerühmten Toleranzpolitik ausgenommen hat, der Beiname eines „Großen“ ein für allemal gestrichen werden.

Auch wir wünschen uns eine noch aktivere europäische Politik gegenüber dem Iran. Allerdings sind zwei erfolgreiche europäische Versuche, den Iran zu einem Kompromiss zu bewegen, an den Verhandlungstisch zurückzukehren und während der Verhandlungen auf die Fortsetzung der Uran-Anreicherung zu verzichten – und das war mehr als ein Protestschreiben! – von der US-Regierung torpediert worden. Israel zu isolieren wäre aus unserer Sicht weder moralisch vertretbar noch politisch vernünftig. Israel macht es aber mit seiner Palästina-Politik, den nach Besatzungsrecht illegalen jüdischen Siedlungen und ihrer Bevorzugung in jeder Hinsicht – insbesondere den seit Oslo errichteten –, den täglichen Arbeiterschwernissen, endlosen Wartezeiten an den Checkpoints, der Verzögerung von Krankentransporten, den Autostraßen nur für Juden usw. ungeheuer schwer, diesem von Ihnen wahrgenommenen Isolationstrend entgegenzutreten. Ein großzügiges Zeichen, dass diese Politik beendet werden soll, könnte ein wichtiger Schritt auf dem Weg aus dieser Isolierung sein.

Ad 8: Sie haben aus unserem Text den Eindruck gewonnen, dass für uns die „ganze antisemitische Vergangenheit [Deutschlands] (noch vor dem Holocaust) eigentlich nicht existierte.“ In diesem Punkt sehen wir uns von Ihnen missverstanden. Wir sind uns (und meinten das auch ausgedrückt zu haben) der antijüdischen und – seit Ende des 19. Jhd. – antisemitischen Traditionen und der diesbezüglichen Schuld vieler deutscher Personen und Institutionen lange vor dem Nationalsozialismus voll bewusst. Ein Leitmotiv für unser politisches Handeln in den vergangenen Jahrzehnten war daher der Kampf gegen den Antisemitismus und jede andere Ausprägung des Rassismus und der religiösen wie politischen Intoleranz. Dazu gehörte auch die Beschäftigung mit der Geschichte des Antisemitismus weit vor Beginn der faschistischen Epoche, auch wenn manche von uns und vermutlich der größere Teil der deutschen Bevölkerung sie zugegebenermaßen bei weitem nicht mit der Intensität betrieben haben, die geboten wäre. Das eindrucksvolle jüdische Museum in Berlin und andere Einrichtungen dieser Art sind wesentliche Schritte, um auch in dieser Hinsicht breitenwirksam Aufklärung zu betreiben.

Selbstverständlich kann keine Entschädigungsleistung die Vergangenheit kompensieren. Wir stimmen Ihnen zu: Israels Bereitschaft, schon so bald nach dem grauenhaften Völkermord an den europäischen Juden mit Deutschland zusammenzuarbeiten, war eine gerade auch für Deutschland und die Deutschen wichtige, historische Entscheidung und darf nicht vergessen werden. Es tut der Würdigung dieser Bereitschaft keinen Abbruch, dass auch der junge Staat Israel mit dieser Anerkennung der Bundesrepublik Deutschland legitimerweise zugleich eigene, nicht ganz unähnliche Interessen verband – beiden jungen Staaten ging es um internationale Anerkennung.

Wir wollen die Freundschaft mit Israel nicht aufkündigen. Wir wollen nicht leugnen, dass Deutschland dieser Freundschaft viel zu verdanken hat. Wir wollen die Freundschaft mit Israel vielmehr bekräftigen, indem wir ein Verständnis von Freundschaft in Frage stellen, das unseres Erachtens ihrer produktiven Weiterentwicklung,

dem Frieden im Nahen Osten und zugleich einer weltweiten Humanisierung der Politik entgegensteht. Darüber, dass die Bekämpfung antidemokratischer Tendenzen im Inneren Deutschlands und damit Europas hohe Priorität haben muss, sind wir mit Ihnen einig.

Es tut uns leid, dass unsere Erwähnung der von den Nationalsozialisten vertriebenen Intellektuellen als Versuch missverstanden werden konnte, sie zu „rekrutieren“, „um die palästinensische Seite zu rechtfertigen.“ Wir schätzen das große Erbe jüdischer Intellektualität, ohne das die deutsche und internationale Kultur um so viel ärmer wäre. Dies klar zu sagen, war uns auch deshalb wichtig, um Zustimmung von der falschen, von jeher antijüdischen deutsch-nationalen und rechtsextremen Seite zu vermeiden. Natürlich wollten wir den jüdischen Verfolgten des Naziregimes nicht unterstellen, etwa die Politik und die low intensity-Kriegführung der Hamas zu rechtfertigen, die zu ihrer Zeit noch gar nicht existierte. Aber erstens gibt es auch andere, auf *Versöhnung* ausgerichtete Kräfte, also nicht nur *eine* „palästinensische Seite“. Z. B. riefen palästinensische Intellektuelle am 17. 6. 2006 öffentlich in „Al-Quds“ auf, die Selbstmordanschläge zu beenden und forderten dringend eine Reform der palästinensischen Politik. Und zweitens können wir uns in der Tat nicht vorstellen, dass diese großen Geister einer Politik der kollektiven Bestrafung, Demütigung, Behinderung, Verletzung von Besatzungsrecht und Verdrängung je hätten zustimmen können. Wo finden sich in den Schriften der genannten und vieler nicht genannter jüdischer Schriftsteller, Wissenschaftler, Künstler und Musiker Äußerungen, auf die sich eine solche Politik berufen könnte?

Ad 9: Es ist richtig: Der jüdisch-palästinensische Konflikt wurde nicht durch die Immigration deutscher Juden ab 1930 ausgelöst. Das haben wir auch nicht behauptet. Vielmehr haben wir erstens geschrieben, dass die jüdische Emigration aus Europa Folge des europäischen Antisemitismus war, und zweitens, dass die extremste Form dieser unseligen Tradition, der Nationalsozialismus, die Einwanderung verstärkt hat. Wir lassen uns gern korrigieren, dass die uns bisher zugänglichen Zahlen untertrieben waren. Aber auch mit 350.000 (statt 160.000) jüdischen Siedlern hätte kein Staat errichtet werden können, zumindest nicht mit internationaler Zustimmung und Unterstützung. Insofern sind der israelisch-palästinensische Konflikt und das Elend der Palästinenser zu einem Teil (über dessen Größe man streiten mag) auf die schrecklichen Entwicklungen im Deutschland der 30er und 40er Jahre zurückzuführen. Deutsche Vermittlungsschritte im Nahen Osten sind nicht nur mit dieser Einsicht zu begründen, sie wären sinnvoll, auch wenn es diesen Hintergrund nicht gäbe. Aber als Deutsche können und wollen wir davon nicht einfach absehen. Dass Sie bereit sind, angesichts der Geschichte ausgerechnet von Deutschland solche Vermittlungsversuche zu akzeptieren, kann gar nicht genug gewürdigt werden und stellt eine echte positive Herausforderung dar. Wir versuchen, durch Beteiligung an der öffentlichen Debatte das Unsere dazu beitragen, dass die deutsche Außenpolitik alles von hier aus Mögliche tut, um die von Ihnen zum Schluss genannten Organisationen und den Iran dazu zu bewegen, den Staat Israel in den Grenzen von 1967 (eventuell mit wechselseitig verabredeten Korrekturen) anzuerkennen. Eine solche Anerkennung wird nach unserer Einschätzung jedoch nur dann zu erreichen sein, wenn sich Israel davon überzeugen lässt, dass die nach Oslo weiterhin verfolgte Politik partieller Annexionen und partieller Verdrängung der Palästinenser diesem Ziel diametral entgegensteht. Deutsche Politik muss, wenn sie einen Beitrag zum Frieden im Nahen Osten leisten will, und das sollte sie unserer Meinung nach, den Dialog beharrlich mit *beiden* Seiten führen.

Auch wir grüßen Sie voller Hochachtung.

gez. *Dieter Arendt, Detlev Bald, Jörg Becker, Johannes Maria Becker, Hanne Margret Birckenbach, Tilman Evers, Marianne Gronemeyer, Reimer Gronemeyer, Karl Holl, Karlheinz Koppe, Gert Krell, Georg Meggle, Hannah Reich, Werner Ruf, Hajo Schmidt, Reiner Steinweg, Helmut Thielen, Christian Wellmann, Wolfram Wette*

IV.

An
Herrn Dr. Reiner Steinweg
Reiner.steinweg@liwest.at
und an alle anderen Autoren des „Manifests der 25“

19 July 2007

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihre gemeinsamen Anstrengungen beim Verfassen der Antwort auf meine Reaktion zum obenerwähnten Manifest und dafür, daß Sie sich die Mühe genommen haben, mit gebührendem Ernst auf die ungelösten Fragen des israelisch-palästinensischen Konflikts einzugehen. Ich freue mich, Ihnen mitteilen zu können, daß unser Briefwechsel – besonders seit der Veröffentlichung des ausführlichen Werks von Prof. Georg Meggle – in Israel breite Beachtung findet. Der Leiter der Friedrich-Ebert-Stiftung [in Israel], Hermann Bünz, und die Stiftungsleitung verfolgen unseren Meinungs-austausch mit großem Interesse. Herr Bünz möchte der Diskussion einen breiteren Rahmen geben und Vertreter ihrer Gruppe zur Fortsetzung des Dialogs nach Israel einladen.

Ich bitte Sie um Verständnis für die Verzögerung meiner jetzigen Reaktion auf Ihr Antwortschreiben. Da ich einerseits die deutsche Sprache nicht genügend beherrsche und andererseits kein einziges Detail Ihres Briefes verpassen wollte, war ich gezwungen, ihn zuerst ins Hebräische zu übersetzen. Auch meine jetzige Antwort habe ich auf Hebräisch formuliert und danach ins Deutsche übersetzen lassen.

Leider beruhen Ihre Antworten teilweise auf ungenauer Kenntnis der Tatsachen. Es ist von größter Wichtigkeit, daß Akademiker und Wissenschaftler Ihres Ranges sich zuerst eingehend mit den Fakten befassen, bevor sie daraus Schlußfolgerungen ziehen und politisch Stellung nehmen, obliegt Ihnen doch die Ausbildung der nächsten Wissenschaftler- und Politikergeneration. Auf Ihnen lastet somit die historische Verantwortung dafür, Ihren Schülern die exakten Fakten vorzulegen. Sie räumen selbst ein, daß Ihnen „Manches nicht klar war“. Es wäre somit sicherlich empfehlenswert gewesen, vor der Veröffentlichung Ihres Manifests den Fakten auf den Grund zu gehen.

Um den Rahmen unserer Diskussion beizubehalten, möchte ich Ihre Punkte ebenfalls der Reihe nach beantworten:

Zu Punkt 1:

Ihrem Wunsch entsprechend, Sie über Irrtümer bei der Erwähnung von Tatsachen aufzuklären, möchte ich einige Grundannahmen korrigieren, worauf Ihre Antwort zu diesem Punkt beruht:

- In der Tat sah der UN-Beschluß vom 29. November 1947 (UN-Resolution 181) die Bildung eines jüdischen Staates auf 55% des Territoriums von Palästina (27.000 Km²) vor, doch bei 9.600 Km² von 15.000 Km², die Israel zugesprochen wurden, handelte es sich um unfruchtbare Wüste (Negev), während sämtliche für den arabischen Staat vorgesehenen Gebiete (12.000 Km²) von arabischer Bevölkerung besiedelt und landwirtschaftlich genutzt wurden. Zudem mußten beide Staaten gut 2.000 Km² für eine Zone unter UN-Verwaltung abtreten (Jerusalem, Bethlehem und umliegende Dörfer).
- Sie betrachten Palästina als arabisches Territorium, wovon nur 6% in jüdischem Besitz war. In Wirklichkeit war mehr als 80% des Territoriums von Palästina Staatsland, d.h. zuerst Herrschaftsgebiet des osmanischen Reichs und später unter britischer Mandatsverwaltung. Diese Ziffer schließt auch das Land mit ein, das die jeweiligen Landesherren arabischen Landwirten pachtweise zur landwirtschaftlichen Nutzung überließen – sogenanntes Miri-Land. Leider blieb jüdischen Landwirten diese Art von Landpacht verwehrt.
- Die israelische Führung hat niemals Anspruch auf ganz Palästina erhoben. Das Gegenteil trifft zu: Bereits 1935 beschloß die dominante [jüdische] Partei in Palästina, die *Miflegeth Poalei Eretz-Israel* [„Arbeiterpartei Palästinas“] die Teilung des Landes zwischen beiden Völkern vorzuschlagen. Dieser Beschluß wurde 1942 von der Führung der weltweiten zionistischen Bewegung auf einer Sonderkonferenz in der amerikanischen Stadt Baltimore bestätigt und ist seither als *Baltimoreplan* bekannt. Diese Position, auf der auch die Bereitschaft Israels zum Rückzug auf die Grenzen von 1967 (gegen echten Frieden) beruht, wurde von den israelischen Regierungen sowohl unter der Führung der Arbeitspartei als auch unter Herrn Ariel Scharon (Likud) bestätigt, der sich für „zwei Staaten für zwei Völker“ entschied. Sie kommt in der Bereitschaft Israels zum Ausdruck, die UN-Resolution 242 vom 22. November 1967 zu akzeptieren, genau wie sie zuvor den Teilungsplan (Resolution 181) akzeptiert hat, und wie sie der *Roadmap* verpflichtet ist, obschon sie von arabischer Seite beharrlich abgelehnt wird. Diese Position wurde in den 19 Jahren zwischen 1948 und 1967 verschiedentlich unter Beweis gestellt. In jenem Zeitabschnitt war Israel zu einem Friedensabkommen mit den arabischen Staaten bereit (ein palästinensisches [politisches Gemein-]Wesen gab es damals noch nicht) und zwar auf der Grundlage der Grenzen von 1949 mit Ostjerusalem als Hauptstadt des arabischen Staates. Die arabischen Staaten, allen voran Ägypten und Jordanien, die den Gazastreifen, das Westjordanland und Ostjerusalem kontrollierten, lehnt dieses Angebot ab. Gleichzeitig erwogen sie nicht, in diesen Gebieten die Gründung eines palästinensischen Staates zuzulassen. Statt dessen setzten diese Staaten (inklusive Syrien und Irak) auf eine „zweite Runde“ gegen Israel mit dem Zweck „seine Bewohner ins Meer zu werfen“. Ich hoffe, Sie stimmen mir zu, daß der Krieg von 1967 aufgrund militärischer Aktivitäten der arabischen Seite ausbrach (Ausweisung der UN-Truppen, Sperrung der Meerenge von Tiran, ägyptische Truppenverlegungen auf die Sinaihalbinsel und Einnahme von Angriffsstellungen, jordanische und syrische Truppenkonzentrationen an der Grenze zu Israel) und nicht aufgrund

israelischer Eroberungsgelüste.

- Die Nachsicht und das Verständnis, das sie dem Beschluß von König Abdullah entgegenbringen, gegen den Jischuw [die jüdische Gemeinschaft Palästinas] in den (wenn auch laut seiner Behauptung beschränkten) Krieg zu ziehen, kann ich in keiner Weise nachvollziehen. Golda Meir hat König Abdullah tatsächlich vor dem 15. Mai 1948 in seinem Palast besucht und ihn gebeten, sich aus dem Krieg herauszuhalten. Doch er lehnte ab (mit der Begründung, die „arabische Solidarität“ zwingt ihn dazu, am Krieg teilzunehmen). Seine gut ausgebildete und ausgerüstete Armee marschierte dann unter Führung britischer Offiziere in Palästina ein, stieß bis nach Jerusalem vor, trennte die Stadt von den küstennahen Gebieten ab und hoffte, die Zivilbevölkerung durch Aushungerung (Unterbrechung der Versorgungskolonnen von der Küstenregion), durch die Unterbrechung der Wasserversorgung (Unterbrechung der lebenswichtigen Wasserpipeline von der Küstenebene), durch die Besetzung und Zerstörung der jüdischen Ansiedlungen in der Peripherie (Gusch Etzion, jüdisches Quartier in der Jerusalemer Altstadt) sowie durch die Tötung Hunderter Zivilisten durch anhaltende Bombardierung verschiedener Stadtviertel zur Aufgabe zu bewegen.

Und Sie zögern nicht zu schreiben, daß Sie „Verständnis“ haben für ihn und seinen Beschluß, das Westjordanland in sein Königreich einzuverleiben! Wer gab ihm das Recht, in jene Gebiete Palästinas einzufallen, die die Vereinten Nationen dem arabischen Staat zuteilten? Wer ermächtigte ihn dazu, diese Gebiete 19 Jahre lang unter seiner Kontrolle zu behalten ohne den Palästinensern die Möglichkeit zu geben, dort ihren Staat zu gründen? Und woher die Rechtfertigung des Beschlusses eines arabischen Herrschers, Israel ohne jede Provokation seitens dieses Staates anzugreifen?

- Soweit meine Anmerkungen punkto Korrektur unrichtiger Fakten in Punkt 1 Ihrer Antwort. Doch dieser Punkt enthält noch einen äußerst unerfreulichen Satz. Sie behaupten: „Wenn wir uns in die Lage der Palästinenser und der Araber insgesamt hineinversetzen, können wir verstehen, wenn auch nicht billigen, daß sie sich der Empfehlung der UN-Generalversammlung widersetzt haben.“

In meinen obigen Ausführungen habe ich Ihre Argumente, weshalb dem arabischen Standpunkt „Verständnis“ entgegenzubringen sei, bereits widerlegt. Sie **rechtfertigen** den arabischen Angriff gegen die kleine jüdische Gemeinschaft [Palästinas] und später gegen den eben erst gegründeten Staat Israel. Hinsichtlich der Angriffe der arabischen Seite auf Israel zeigen sie „Verständnis“, was hingegen Israel und seine klaren Positionen punkto Bedingungen für ein Friedensabkommen mit den Palästinensern anbetrifft (zuerst Stop des Terrors), halten Sie es für richtig, diesem Staat Moral zu predigen, wie folgendes Beispiel (in Punkt 4) zeigt: „Alle auf primär militärische Macht gestützte Sicherheit steht auf tönernen Füßen“ (??)

Ohne diese militärische Macht, die wir nach dem UN-Beschluß von 1947 erfolgreich aufgebaut und damit die arabischen Angriffe zurückgeschlagen haben, wären die Staaten der Welt (zum zweiten Mal in drei Jahren!) gezwungen gewesen, Schiffe an die Ufer Palästinas zu entsenden, um die letzten Reste der jüdischen Bevölkerung zu evakuieren, die das große

Massaker überlebt hätten, das die Verbände der Palästinenser und der in Israel eingefallenen arabischen Staaten angerichtet hätten!

Zu Punkt 2:

Auch Ihre Anmerkungen zu diesem Punkt stützen sich auf unvollständig wiedergegebene Tatsachen. Hier die vollständige Darstellung:

Der Krieg gegen den Jischuw begann am 30. November 1947 (und nicht am 15. Mai 1948). Er brach einen Tag nach dem UN-Beschluß aus und nachdem der palästinensische UN-Delegierte Achmed Schukeiri erklärte, jedes Wort in jenem UN-Beschluß werde mit dem Blut der Juden ausradiert. An jenem Tag starben sieben unschuldige jüdische Zivilisten, die in einem Bus neben der Stadt Lod unterwegs waren. Von da an und bis zum Tag des tragischen Zwischenfalls in Deir Jassin (April 1948) starben Tausende Juden durch Palästinenser – bei Angriffen auf jüdische Siedlungen, Viertel und Verkehrsmittel. Es handelte sich um einen irregulären Bürgerkrieg unter Teilnahme der Bewohner arabischer Dörfer und der arabischen Stadtjugend, die in Hunderten von organisierten Gruppen über ihre jüdischen Nachbarn herfielen.

Ein Beispiel: Als sich Lastwagenkolonnen beladen mit Lebensmitteln auf den beschwerlichen Weg nach Jerusalem machten, gaben die Bewohner umliegender arabischer Dörfer einander Signale (*Fazaa* – arab. für Hilferuf im Kriegsfall), worauf sie sich zu Hunderten auf die Lauer legten und das Feuer auf die Kolonnen eröffneten, die sich auf der schmalen Straße nur langsam fortbewegen konnte. Zurück blieben ausgebrannte und geplünderte Lastwagenwracks und Dutzende von Toten. Es handelte sich also um einen Krieg zwischen den Bewohnern benachbarter arabischer und jüdischer Dörfer, zwischen Bewohnern angrenzender arabischer und jüdischer Stadtviertel. Als die jüdische Seite die Oberhand gewann und ein solches arabisches Dorf, das gegen die Juden aktiv gewesen war, unter seine Kontrolle brachte, ist es verständlich, daß dessen Bewohner aus Furcht vor Vergeltung flüchteten. Es gab auch Fälle, in denen die Ortsbewohner als Strafe für die Teilnahme an feindlichen Militäraktionen vertrieben wurden (man darf nicht vergessen, daß bis Mai 1948 der Krieg zwischen Bürgern beider Seiten und nicht zwischen regulären Armeen geführt wurde).

Erst als die palästinensische Führung einsah, daß der irreguläre Krieg, den sie gegen den Jischuw angezettelt hatte, verloren war, rief sie die arabischen Staaten zur Hilfe.

Die Niederlage, die die arabische Gemeinschaft im Krieg hinnehmen mußte, den sie gegen ihre jüdischen Nachbarn angezettelt hatte, führte also zur Flucht all jener, die sich vor Strafe fürchteten. Ein anderer Teil dieser Bevölkerung folgte den Befehlen ihrer Führung, ihre Dörfer und Häuser in den Städten vorübergehend zu räumen, um die einmarschierenden arabischen Armeen nicht bei der physischen Vernichtung des Jischuws zu „stören“.

Tatsache ist, daß Dörfer, die sich nicht am Krieg beteiligten wie etwa das Dorf Abu Gosh bei Jerusalem, oder Tausende von Haifas Stadtbewohnern, die dem Aufruf ihrer jüdischen Nachbarn folgten, in ihren Häusern zu bleiben und nicht zu flüchten, unversehrt blieben. So verhielt es sich auch später, als die reguläre Armee des Staates Israel die arabischen Armeen schlug, und diese sich hinter die Grenzen zurückzogen: Jedes Dorf, das sich ergab (vor allem im nördlichen Galiläa) und sich nicht an den Kämpfen beteiligte – blieb bestehen. Daher die hohe arabische Siedlungsdichte im oberen Galiläa und entlang der ehemaligen Grenze zu Jordanien.

Und was die Forderung nach Rückkehr dieser Flüchtlinge an ihre Wohnorte auf israelischem Hoheitsgebiet betrifft: Sie ist, meines Erachtens, nicht vergleichbar mit dem deutschen Flüchtlingsstrom aus den Sudeten und aus Schlesien nach 1945 oder aus dem Dongebiet nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion – und der Übersiedlung nach Deutschland. Die deutschen Flüchtlinge kehrten in ihre Heimat zurück, zu ihrer Muttersprache und zu der Umgebung, in der ihre Vorfahren geboren waren, die später ostwärts zogen. Bei den arabischen Flüchtlingen handelt es sich hingegen um eine feindliche Gemeinschaft, die nach wie vor auf die Liquidierung des (von der UN gebilligten) Staates Israel als jüdischen Staat und dessen Umwandlung in einen binationalen Staat mit Aussicht auf eine erneute arabische Mehrheit wegen des hohen natürlichen Bevölkerungswachstums [des arabischen Bevölkerungsteils] hofft.

Die Rückkehr dieser Flüchtlinge hätte insofern einen sofortigen politischen Effekt, als sie sich als innere Kraft zur Aufhebung des jüdischen Charakters des Staates Israel auswirken würde. Zur Veranschaulichung der politischen und nationalen Bedrohung, die mit der Rückkehr dieser Flüchtlinge ins israelische Kernland verbunden wäre, genügt es, auf den derzeitigen Wandel der arabischen Minderheit im Land hinzuweisen, der sich immer mehr von den jüdischen Mehrheit abspaltet. Die arabische Bevölkerung sieht sich nicht mehr als arabisch-israelische Staatsbürger, sondern als palästinensische Araber und fordert die Anerkennung als separate nationale Minderheit und die Umwandlung des Staates Israel in einen „Staat aller Bürger“, d.h. die Aufhebung seines jüdischen Charakters.

Einen solchen Vorschlag zu akzeptieren, käme dem Selbstmord gleich, und bei allem Respekt für Ihre Standpunkte – noch sind wir nicht bereit, als souveränen jüdischen Staat Selbstmord zu begehen. Zudem: Nachdem die Versuche der arabischen Staaten Israel militärisch zu liquidieren, gescheitert waren, begannen sie damit, die jüdischen Minderheiten, die Jahrtausende in ihrer Mitte lebten, zu terrorisieren und sie zum Sündenbock für ihre Niederlage im Krieg zu stempeln. Das erste Pogrom gegen syrische Juden ereignete sich bereits am 30. November 1947, einen Tag nach der Annahme des Teilungsplanes durch die Vereinten Nationen. Danach kam es auch zu Ausschreitungen gegen Juden im Irak und in Ägypten. Daraus ergab sich die dringende Notwendigkeit, diese jüdischen Bevölkerungen aus den arabischen Ländern zu evakuieren. So wurden in heroischen (und manchmal geheimen Aktionen) mehr als eine Million jüdische Flüchtlinge aus dem Irak, aus Ägypten, Jemen, Syrien, Libyen und dem Libanon nach Israel geholt. Wenige Jahre danach folgte die Evakuierung der maghrebischen Juden – aus Tunesien, Marokko und Algerien.

Faktisch kam es hier also zu einem Bevölkerungsaustausch, denn Israel forderte die arabischen Staaten parallel dazu auf, die 500 Tausend palästinensischen Flüchtlinge aufzunehmen, so wie es die jüdischen Flüchtlinge aufnahm. Wie ich bereits in meiner letzten Antwort darlegte, weigerten sich die arabischen Staaten diesen Schritt zu tun, so daß sich das Problem der palästinensischen Flüchtlinge in den vergangenen 60 Jahren nur weiter verschärft hat. Die Zahl dieser Flüchtlinge ist heute um ein Vielfaches größer als 1948, und sie sind eine offene Wunde im Fleisch der renitenten arabischen Staaten (vgl. z.B. die derzeitigen Kämpfe zwischen der libanesischen Armee und den Extremistenorganisationen in den Flüchtlingslagern dieses Landes). Arafat, übrigens, der nach der Unterzeichnung des Osloer Abkommens die Kontrolle über sämtliche arabischen Städte im Gazastreifen und im Westjordanland sowie über Hunderte palästinensischer Dörfer erhielt, hätte die Möglichkeit gehabt, wenn er es nur gewollt hätte, dort mit der Wiederansiedlung von Flüchtlingen aus den Lagern zu beginnen, wo sie bereits 60 Jahre aufhielten (einschließlich Flüchtlingstransfer aus

dem Libanon und Jordanien). Er wäre dabei von allen Staaten der Welt finanziell und politisch voll unterstützt worden, auch von Israel, und hätte faktisch mit dem Aufbau des palästinensischen Staates beginnen können. Doch wie alle anderen Herrscher der arabischen Staaten, zog es auch Arafat vor, die Flüchtlinge als politische Waffe einzusetzen, ohne jede Rücksicht auf ihre Notlage und ihr Leid.

Ich kann diesen Punkt nicht abschließen, ohne auf Ihre letzten Sätze hierzu einzugehen, wo Sie eine Parallele ziehen zwischen den (tragischen und als Ausnahmefall zu wertenden) Ereignissen in Deir Jassin – Sie kritisieren die Widerstandsaktionen des jüdischen Untergrunds, die sich gegen die Nichteinhaltung der internationalen Verpflichtungen der Briten richteten, darunter die Schließung der Landesgrenzen vor den Hitler-Flüchtlingen aus Europa – und den arabischen Angriffen auf den Jischuw in der Zeit vor dem 15. Mai 1948. Man kann und darf nicht einfach ignorieren, was sich vor der UN-Resolution vom November 1947 ereignet hat, mit der Begründung, „gegenseitige Unrechtsaufrechnungen“ seien sinnlos und man müsse in die Zukunft blicken.

Meine verehrten Herren,

keine Zukunft ohne Vergangenheit, schon gar nicht in einem derart langanhaltenden historischen Konflikt. Es gibt keine Alternative, als einige historische Fakten zu beachten, die diesen Konflikt nährten und es bis zum heutigen Tag weiter tun. Ich werde versuchen, hier im Detail darauf einzugehen:

- Die Bindung der Juden zum Land Israel begann nicht erst 1882, als die Einwanderung von Juden in Palästina ihren Anfang nahm. Sämtliche jüdische Gemeinden überall auf der Welt pflegen seit Jahrtausenden eine religiöse, emotionelle und nationale Verbindung zum Land Israel. Ihre Mitglieder spendeten Geld zur Aufrechterhaltung der erhalten gebliebenen jüdischen Gemeinden (mehrheitlich Talmudschulen) im Land. Im Gebet richteten die Juden ihren Blick, dreimal täglich, gegen Osten, nach Jerusalem. Dabei flehen sie zu Gott, er möge sie in ihre historische Heimat zurückführen. Diese Sehnsucht stand im Mittelpunkt des jüdischen Lebens in allen jüdischen Gemeinden der Welt...
- Diese Bindung blieb der religiösen Führung der christlichen Welt nicht verborgen, die die Auferstehung Jesu unter anderem von der Versammlung des jüdischen Volkes im Gelobten Land und seiner Bekehrung zum Christentum abhängig sah.
- Die Verpflichtung der britischen Regierung zur Gründung einer nationalen Heimstätte der Juden in Palästina (sog. Balfourdeklaration vom 2. November 1917) wurde demnach vor dem Hintergrund der zahlreichen Nationalbewegungen jener Epoche als angemessene und vernünftige Entscheidung empfunden.
- Die „Balfourdeklaration“ wurde wörtlich in das Mandat für Palästina (auf beiden Seiten des Jordan!) aufgenommen, das der Völkerbund 1922 Großbritannien übertrug. Damit wurde die Deklaration aufgrund des Beschlusses der Vorläuferorganisation der UN zu einem die Mandatverwaltung verpflichtenden Programm.
- An diesem Beschluß des Völkerbunds war damals nichts außergewöhnlich, da die imperialistischen Staaten – Großbritannien und Frankreich – den Nahen

Osten unter sich aufteilten (Sikes-Picot-Abkommen von 1917) und ihren Interessen entsprechend Grenzen für neue Staaten zogen. Diese Grenzziehungen nahm keine Rücksicht auf die ethnische Zusammensetzung der jeweiligen Länder. So gründete Großbritannien den Irak ohne Rücksicht auf die Tatsache, daß er sich aus drei rivalisierenden religiösen und ethnischen Gruppen zusammensetzte: aus einer schiitischen Mehrheit sowie aus Sunniten und Kurden. Diesen unglücklichen Entscheid bezahlen die Briten und Amerikaner heute teuer mit ihrem Blut. Frankreich faßte Sunniten, Schiiten, Christen und Drusen in einem künstlichen Protektorat zusammen – dem Libanon. Die Konsequenzen der inneren Spannungen und Kriege, die sich in diesem Staat ereigneten, erleben wir schon seit Jahrzehnten. Großbritannien ging noch einen Schritt weiter, indem es vom Territorium der jüdischen Heimstätte – ohne internationale Zustimmung – das Gebiet östlich des Jordan (rund 89.000 Km², verglichen mit dem westlichen Palästina, das sich über eine Fläche von 27.000 Km² erstreckte) abtrennte und dort, gestützt auf nur 350.000 Beduinen, die auf diesem Gebiet umherwanderten, ein weiteres Emirat gründeten. Zum König dieses Königreichs setzte Großbritannien einen Sproß der Haschemitendynastie, Emir Abdallah, ein (nachdem es seinen Bruder Feisal zum König von Irak gekrönt hatte) und machte es zu einem unabhängigen, fragilen Staat, der vom Westen (und auch von Israel) gegen seine arabischen Nachbarn, besonders gegen Syrien und Irak unter Saddam Hussein, verteidigt werden mußte. Die Verpflichtung für die Schaffung einer nationalen Heimstätte der Juden in Palästina war zu jener Zeit also nichts Außergewöhnliches **und wurde auch von der arabischen Seite akzeptiert!** Als Anlage zu diesem Brief sende ich Ihnen den Wortlaut des Abkommens von 1919 zwischen dem Präsident der Zionistischen Bewegung Prof. Chaim Weizmann und Prinz Feisal (dem Sohn des Haschemitenkönigs Hussein, der damals im Staat Hidjas auf der Arabischen Halbinsel herrschte). In diesem Abkommen gab Prinz Hussein das schriftliche Einverständnis der arabischen Seite für die Gründung eines jüdischen Staates in Palästina, der das Recht haben würde, Juden aus der ganzen Welt aufzunehmen, sofern sie daran interessiert sind, gegen die Unterstützung der internationalen jüdischen Gemeinschaft für die Errichtung eines großen arabischen Staates, der Hidjas, das Gebiet östlich des Jordan, Syrien und den Irak umfassen würde, sowie für die Krönung Husseins zum König dieses Reiches. Leider fanden die Franzosen, denen der Völkerbund das Mandat für Syrien zugesprochen hatte, keinen Gefallen an der Idee, Hussein in Damaskus zum König zu krönen und den Einflussbereich des Rivalen Großbritannien im Nahen Osten auszuweiten. Sie vertrieben ihn von dort, und damit war auch das Abkommen hinfällig. Als Entschädigung setzten die Briten Feisal zum König von Irak ein.

- Die palästinensische Nationalbewegung, deren Anfänge auf 1919 zurückgehen, war gegen die Idee der Errichtung einer nationalen Heimstätte für die Juden in Palästina, und begann, die arabische und muslimische Welt (einschließlich Millionen Moslems in Indien und Indonesien) gegen die Politik der britischen Regierung zu mobilisieren. Die lokale [arabische] Bevölkerung wurde politisch aktiv, organisierte Kundgebungen und Streiks und begann damit, militärisch gegen den Jischuw vorzugehen, um Großbritannien zur Aufgabe ihrer Verpflichtung für die Errichtung einer Heimstätte für die Juden

zu bewegen:

1920 kam es zu blutigen Ausschreitungen in Jerusalem, 1921 zu blutige Unruhen in Jaffa und 1929 zu einem Massaker in Hebron, dem rund 80 jüdische Stadtbewohner zum Opfer fielen. 1936-1939 ereignete sich ein Aufstand gegen die Mandatsverwaltung und gegen den Jischuw. In all diesen militärischen Aktionen kamen Hunderte von Juden ums Leben.

Die Lehre, die die jüdische Führung aus diesen Ereignissen zog, war, die Tatsache anzuerkennen, dass Palästina von einer weiteren Nationalbewegung beansprucht wird, sowie die Anerkennung der Notwendigkeit, mit dieser Nationalbewegung zu einem Kompromiss zu gelangen. Dies führte zur erwähnten Adoption der Teilungsidee.

Doch die arabische Seite war nicht zu Kompromissen bereit und forderte uneingeschränkte arabische Souveränität in ganz Palästina. Wie ich bereits erwähnte, trug ihre Verweigerungshaltung sowie die Mobilisierung der muslimischen Welt für die arabische Position Früchte: Großbritannien, das befürchtete, die gesamte muslimische Welt könnte sich mit ihrem Anliegen im Falle eines Krieges an Nazideutschland wenden, gab nach und veröffentlichte im Jahre 1939 ein Weißbuch, das die britische Verpflichtung für die Errichtung einer Heimstätte für die Juden aufhob und die Rahmenbedingungen für die Gründung eines arabischen Staates in Palästina schuf.

- Dann brach der Zweite Weltkrieg aus und stellte das jüdische Volk vor ein schweres Dilemma: Einerseits kämpfte Großbritannien gegen den Judenhasser Hitler, andererseits distanzierte es sich von seinen internationalen Verpflichtungen und verhinderte jede Möglichkeit der Rettung von Juden, die dem Naziinferno entkamen und an die verschlossenen Tore Palästinas klopfen.
David Ben-Gurion erklärte: „Wir werden gegen Hitler kämpfen, als gäbe es kein Weißbuch, und das Weißbuch bekämpfen, als gäbe es keinen Hitler“. Dieser Krieg gegen das Weißbuch, darunter auch militärische Aktionen, um die Mandatsverwaltung zu zwingen, den Schoah-Flüchtlingen aus Europa die Tore des Landes zu öffnen, trug Früchte: Die britische Regierung gab der UN das Palästinaamandat zurück, und die Fortsetzung ist bekannt.
- Wenn wir also mit Blick in die Zukunft versuchen, zu einer Verständigung und zu friedlicher Koexistenz mit einem Palästinenserstaat an Israels Seite zu gelangen, dürfen wir nicht vergessen, dass wir volles (historisches und faktisches) Anrecht auf mindestens einen Teil unsere Heimat haben, trotz Ihrer (von mir oben widerlegten) Behauptung, dass die Juden nur 6% der Landesfläche besaßen.

Zu Punkt 3:

Es trifft zwar zu, dass die Schoah und deren psychologische Auswirkungen, inklusive Schuldgefühle der christlichen Welt für ihre Tatenlosigkeit angesichts der Vernichtung von 6 Millionen Juden, zum UN-Beschluss für die Gründung eines Staates für das jüdische Volk beitrugen, doch dies war nicht der entscheidende Beitrag. Entscheidend war meines Erachtens zwei weitere Faktoren, die nicht mit der Schoah zusammenhängen:

- Der christliche Glaube (wie oben ausgeführt), der den Christen die Pflicht auferlegt, den Juden bei der Rückkehr in ihre historische Heimat (im Heiligen Land) zu helfen, um die Auferstehung Jesu näher zu bringen, veranlasste vor allem die christlichen Staates Zentral- und Südamerikas für den Teilungsplan zu stimmen (auch heute gibt es in den USA einen Block von 80 Millionen Christen, der das Recht des jüdischen Staates **auf ganz Palästina** aus genau diesen Gründen vorbehaltlos unterstützt...)
- Das Interesse der Sowjetunion, im Nahen Osten Fuß zu fassen mit Hilfe des sozialistisch orientierten Jischuw, sowie die Tatsache, dass der Jischuw der Sowjetunion und ihren Satelliten für ihre Abstimmung in der UN (sowie für die umfangreiche tschechische Waffenlieferungen bereits im April 1948) hernach verpflichtet sein würde, waren entscheidend für die Unterstützung des Teilungsplanes durch den kommunistischen Block (siehe die „zionistische Rede“ des sowjetischen Außenministers Gromyko anlässlich jener UN-Versammlung für die Gründung eines jüdischen Staates).

Aus den genannten Gründen ist es überflüssig, falsch (und sogar gefährlich für Staaten wie Deutschland und Österreich) dem modernen Hitler – dem iranischen Präsidenten – , der damit droht, den jüdischen Staat durch einen Atomangriff zu vernichten und die europäischen Staaten auffordert, die Juden, die bis 1939 auf ihrem Gebiet lebten, wieder aufzunehmen, in die Hände zu spielen.

Soweit der Versuch, die Entwicklung des israelisch-palästinensischen Konfliktes mit Fakten und auf objektive Weise zu erhellen. Folgenden Satz in Ihrer Antwort weise ich jedoch kategorisch zurück: „Aus der Sicht der Araber kam der primäre Angriff auf die seit Jahrhunderten bestehenden Siedlungsverhältnisse von den Juden, die auf arabischem Territorium einen Staat für sich beanspruchten.“

Weiter oben habe ich bereits nachgewiesen, dass die jüdische Einwanderung in Palästina nicht auf Kosten der arabischen Landesbewohner geschah. Zur damaligen Zeit (in den dreißiger Jahren des vergangenen Jahrhunderts) lebten in Palästina rund 1,2 Millionen Einwohner (ein Drittel Juden und zwei Drittel Araber). Die britischen Untersuchungskommissionen, die sich in regelmäßigem Abstand nach Palästina begaben, um die Behauptungen beider Seiten zu prüfen, stellten mehrmals fest: „In Palästina ist kein Platz mehr, nicht einmal für eine weitere Katze...“.

Doch siehe da, derzeit leben auf dem Gebiet von Palästina (inklusive Gazastreifen und Westjordanland) rund 10 Millionen Menschen, Juden und Palästinenser, und ich kann Ihnen versichern, dass das Land ohne weiteres die doppelte Einwohnerzahl aufnehmen kann (einschließlich der Besiedlung der Negevüüste, die rund 40% der Landesfläche ausmacht), dies unter der einzigen Voraussetzung, dass die Juden und Palästinenser, Schulter an Schulter, zusammenarbeiten, für eine bessere Zukunft für unsere Kinder.

Tatsache ist, dass die arabischen Staaten wie Ägypten und Jordanien [den Staat] Israel anerkannt haben und mit ihm Friedensverträge unterzeichneten, trotz der Besetzung der palästinensischen Gebiete. Der – von der Arabischen Liga abgesegnete – saudische Friedensplan knüpft die Anerkennung Israels durch die gesamte arabische Welt dagegen an folgende Bedingungen: Israel zieht sich auf die Grenzen von 1967 zurück und ermöglicht die Rückkehr der [palästinensischen] Flüchtlinge an ihre Wohnorte innerhalb der Grenzen Israels. **Insofern ist Ihre**

Parteinahme ausgerechnet für die extremsten Standpunkte im arabischen Lager, die der jüdischen Präsenz in Palästina die Legitimität absprechen, für mich unverständlich.

Zu Punkt 4:

Sie zitieren leider nur Teile des Beschlusses der Arabischen Liga von 2002: Sie erwähnen den Rückzug auf die Grenzen von 1967 (der von der Bevölkerung Israels mehrheitlich befürwortet wird), ignorieren jedoch die geforderte Rückkehr der Flüchtlinge auf israelisches Staatsgebiet. Wie ich weiter oben bereit festgestellt habe, wird die Flüchtlingsfrage von Israel als Casus Belli eingestuft. Sämtliche jüdischen Parteien in Israel sind geschlossen gegen die Rückkehr von Flüchtlingen (jedoch zu großzügiger Entschädigung bereit). In dieser Frage wird es demnach keine Konzessionen geben.

Dennoch lege ich Wert darauf, Sie auf grundsätzliche Missverständnisse in Ihrer Antwort zu diesem Punkt hinsichtlich der Hamas, der iranischen Bedrohung sowie der Al-Qaida hinzuweisen.

Hamas

Es fällt mir nun, Anfang Juli 2007, leichter, mich zu diesem Thema zu äußern, nachdem die Hamas den gesamten Gazastreifen unter ihre Kontrolle gebracht hat, und die offiziellen Vertreter von Präsident Abbas kaltblütig ermordet oder verletzt wurden bzw. (mit ihren Familien) Hals über Kopf nach Israel geflüchtet sind.

- Ich wundere mich über die Gewissheit, die Sie in dieser Frage verschiedentlich zum Ausdruck bringen. Sie schreiben: „Wir sind davon überzeugt, dass unter diesen Bedingungen sich eine deutliche Mehrheit für eine Anerkennung Israels aussprechen könnte, und zwar unabhängig davon, wie die Hamas sich dann positioniert.“ Woher nehmen Sie diese Gewissheit? Sind Ihnen die Hauptpunkte des ideologischen Programms der Hamas und ihre Ziele überhaupt bekannt?
Ich erlaube mir, Sie auf folgende relevanten Details hinzuweisen. Die Hamas-Bewegung ist eine extremistische islamische Bewegung, eine ideologische Abzweigung der 1928 in Ägypten gegründeten Muslimbruderschaft. Die Muslimbrüder treten für die Beseitigung sämtlicher laizistischer arabischer Regime und für die Errichtung eines neuen Kalifats ein, das sämtliche arabischen Staaten umfasst und in dem das islamische Recht, die **Scharia**, gelten soll.
Die Muslimbrüder wirkten und wirken in den laizistischen arabischen Staaten bis heute auf religiöse Umstürze hin. Deshalb befindet sich die Führung der Muslimbruderschaft in Ägypten mehrheitlich im Gefängnis, und ein Umsturzversuch der Muslimbrüder in Syrien im Jahre 1982 endete in einem Blutbad, das der Vater des heutigen syrischen Präsidenten unter ihnen anrichtete (rund 15 Tausend Tote).
- Was für die arabischen Staaten gilt, betrifft umso mehr das (nach ihrer Ansicht) arabische Territorium, das von „Ungläubigen“ wie den Juden beherrscht wird (die Mohammed im Koran mit den Affen gleichsetzt). Daher ist es völlig ausgeschlossen, dass die Hamas den Staat Israel und das Recht der Juden auf Eigenstaatlichkeit in einem Gebiet, das „die heilige territoriale Kontinuität der arabischen Nation“ unterbricht, anerkennt. Ein kleines

Anschauungsbeispiel wurde am 24. Juni geliefert, als der abgesetzte Premierminister von der Hamas, Ismail Hanija, die Vertreter Ägyptens, Jordaniens und der Palästinenser dazu aufrief, nicht an der Konferenz in Scharm El-Scheich teilzunehmen und keine Vereinbarung mit Israel zu schließen, denn die Araber hätten nur eine Option: „Weiter zu kämpfen bis zur Liquidierung Israels“.

- Der verstorbene israelische Ministerpräsident, Jitzchak Rabin, versuchte in monatelangen Gesprächen mit dem Hamasideologen Scheich Jassin zu politischen Konsenspunkten mit dieser Bewegung zu gelangen, doch Jassins Antwort war immer dieselbe: „Es ist völlig ausgeschlossen, dass unsere Bewegung das Recht der Juden auf einen souveränen Staat auf der heiligen arabischen Erde jemals anerkennt.“
- Sie betrachten den israelisch-palästinensischen Konflikt aus einer grundsätzlich europäischen Perspektive, ihre Analyse gründet deshalb ausschließlich auf Ratio. Doch in dem Teil der Welt, in dem sich Israel befindet, dominiert nicht die Ratio, sondern das Gefühl, der Instinkt und der fanatische religiöse Glaube. Bei Letzteren ist seitens des fanatischen religiösen Teils der arabischen Welt (zu dem auch die Hamas zählt) leider kein Platz für Kompromisse.
- Nicht Volksbefragungen sind also ausschlaggebend für den Standpunkt der Araber und ihre Bereitschaft, sich mit dem Fakt der Existenz Israels auseinanderzusetzen, und bestimmt nicht Befragungen, die stattfinden, wenn auf den Straßen bewaffnete Banden der Hamas wüten. In Israel ist eine solche Abstimmung ohnehin unnötig, da die israelische Regierung den klaren – von der überwiegenden Mehrheit der Öffentlichkeit geteilten – Standpunkt vertritt, dass man gegen echten Frieden und die Beendigung des Terrors bereit ist, sich von allen besetzten Gebieten auf die Grenzen von 1967 zurückzuziehen und beim Aufbau eines Palästinenserstaates an der Seite Israels mitzuhelfen.
- Dass Sie Ihre Argumentation zudem auf die propagandistischen und zweckgerichteten Äußerungen von Hamas-Sprechern wie Ismail Hanija abstützen, die sich zu einer zehnjährigen „Hudna“ [Waffenstillstand] bereit erklärten, zeugt von Ihrer Unkenntnis der Denkweise extremistischer Muslime, die für die „Ausbreitung des Islam durch das Schwert“ eintreten, d.h. für die Durchsetzung islamischer Herrschaft und islamischen Rechts in allen Staaten der Welt durch das Schwert. (Bin Laden versprach dem amerikanischen Volk in einer seiner Botschaften, den Terror gegen die Amerikaner einzustellen, falls sie zum Islam übertreten). In meinem Brief an Sie habe ich aus Arafats Rede in einer Moschee in Johannesburg zitiert. Das „Hudna“-Angebot der Hamas gründet auf demselben Konzept: Den Feind auf eine Feuerpause verpflichten, damit die arabische Seite an Stärke gewinnen kann, um dann bei geeigneter Gelegenheit wieder über ihn herzufallen, wie Mohammed in Mekka mit dem Koresh-Stamm verfuhr, mit dem er eine zehnjährige Hudna vereinbart hatte, die er schon nach drei Jahren brach.

Die iranische Bedrohung

Das iranische Streben nach Atomfähigkeit hätte durchaus akzeptabel sein können. Es begann nicht erst mit dem derzeitigen Mullahregime. Schon der letzte persische Schah, Reza Khan, träumte davon, den Iran in eine Regionalmacht zu verwandeln, und die Bemühungen zur Erlangung der Fähigkeit der Kernspaltung begannen bereits unter seiner Herrschaft. Der Staat Israel hat sich bislang nie gegen die atomare Entwicklung in Staaten geäußert, die ihn nicht bedrohen, wie beispielsweise Pakistan. Dasselbe gilt auch für die atomaren Aufrüstungsversuche des libyschen Herrschers Muammar Gaddhafi.

Doch wenn sich ein solches Potential gegen uns richtet, wie dies zum Beispiel vom abgesetzten irakischen Herrschers Saddam Hussein angekündigt wurde, zögern wir nicht, es zu vernichten. Nun sind wir erneut mit einer lebensgefährlichen Bedrohung konfrontiert, diesmal vom Präsidenten des Iran ausgehend. Dieser erklärt bei jeder Gelegenheit, dass er gedenkt, eine Bevölkerung von fünf Millionen Menschen auszulöschen, nur weil sie Juden sind. Erinnert Sie das nicht an Hitlers Worte im selben Zusammenhang, „Die Juden sind unser Unglück“? Wie ist es zu erklären, dass Sie diese Äußerungen in keiner Weise verurteilen? Warum wenden Sie sich in Ihrem Manifest nicht an die Vereinten Nationen mit der Forderung, die Mitgliedschaft von Staaten zu suspendieren, die anderen Mitgliedstaaten unverhohlen mit der Vernichtung drohen? Sie lösen dieses Problem auf sehr elegante Art: Sie ignorieren es schlicht...

Doch was uns anbetrifft, meine sehr verehrten Freunde, geht es um eine konkrete physische Existenzbedrohung, um Lebensgefahr. Sich nicht damit auseinanderzusetzen, wäre gleichbedeutend mit passivem Warten auf den Tod, so wie es Millionen von Juden taten, die von Hitlers Vollstreckern in Todeslagern konzentriert wurden. Wir können deshalb nicht warten „bis die Wirtschaftssanktionen Wirkung zeigen“ wie im libyschen Beispiel. Ghaddafi hat Israel nie mit atomarer Vernichtung gedroht.

Zudem: Die atomare Aufrüstung des Iran wäre ohne die geheimen Lieferungen von Know-how und strategischem Material durch zahlreiche europäische Firmen (darunter auch deutsche Firmen) und ohne die allgemein bekannte russische Hilfe beim Bau von Atomreaktoren im Iran und bei der Beschaffung von Know-how und angereichertem Uran (die von der europäischen Friedensbewegung ohne jeden Protest oder andere Gegenmaßnahmen einfach hingenommen wurde) nicht möglich gewesen. Sie haben deshalb nicht das Recht, „nicht zu diesem Thema Stellung zu nehmen“, denn für uns ist sie eine Frage von „Sein oder nicht Sein. Und wir werden nicht noch einmal und passiv auf den iranischen Schlächter warten.

Die Gespräche mit Syrien

Sämtliche bisherigen Gespräche mit Syrien bis zu den Verhandlungen, die der israelische Ministerpräsident Ehud Barak mit den Syrern führte, scheiterten bislang an einem „kleinen Stolperstein“: Über die Forderung der arabischen Staaten hinaus, dass sich Israel auf die Grenzen von 1967 zurückzieht, einer Forderung, wir in den Abkommen mit Ägypten und Jordanien nachgekommen sind und dementsprechend auch die Markierung der Grenze zum Libanon durch die UN akzeptiert haben, beansprucht Syrien (als entmilitarisierte Zonen unter syrischer Souveränität) auch die Gebiete, die es im Krieg von 1948 besetzte und bis 1967 kontrollierte. Zudem fordert Syrien auch den nordöstlichen Teil des Genezareth-Sees, ein Gebiet, das nie zum syrischen Hoheitsgebiet gehörte. Diese Forderungen Syriens zu akzeptieren, würde bedeuten, dem Grundsatz zuzustimmen, dass der Besetzer Gebiete behalten darf, die er sich im Krieg angeeignet hat, ein Grundsatz, der von der arabischen Seite

immer dann abgelehnt wurde, wenn Israel versuchte, arabische Gebiete unter seiner Kontrolle zu behalten wie im Fall Taba bei Eilat.

Dies ist ein typisches Beispiel für die heuchlerische arabische Haltung, die im Namen der Gerechtigkeit den israelischen Rückzug aus allen besetzten Gebieten fordert, und gleichzeitig den Anspruch auf Gebiete verteidigt, die arabisch besetzt sind.

Trotzdem finden, soweit mir bekannt, Geheimgespräche mit der syrischen Seite statt. Ich hoffe, dass diese Gespräche Früchte tragen, inklusive Anerkennung der Golanhöhen als syrisches Hoheitsgebiet durch Israel. Frieden mit Israel würde Syrien endlich aus der politischen Isolation befreien, in der sich das Land derzeit befindet. Dies würde den Syrern den Weg in eine bessere wirtschaftliche und außenpolitische Zukunft ebnen. Sie würden wieder in die Völkerfamilie zurückfinden und hätten mehr Wohlstand.

Al Qaida

Diese Organisation ist im Nahen Osten schon seit Jahren aktiv. Sie ist verantwortlich für Anschläge in der Türkei, in Jordanien (Bombenanschläge auf Hotels in Amman) und im Libanon (wo sich ihre Kämpfer in palästinensischen Flüchtlingslagern Gefechte mit der libanesischen Armee liefern). Al Qaida zeichnet verantwortlich für Terroranschläge auf der Sinaihalbinsel (Bombenanschlag auf ein Hotel in Taba) sowie in Jemen, wo ein amerikanisches Kriegsschiff getroffen wurde. Al Qaida hat bereits den Gazastreifen infiltriert und war führend an terroristischen Aktivitäten gegen die Fatah und offizielle Institutionen der palästinensischen Autonomieverwaltung beteiligt. Die Hamas ist ihrer Meinung nach nicht genug radikal in ihrem Kampf gegen den laizistischen Teil der palästinensischen [National-]Bewegung. Deshalb arbeiteten ihre Vertreter vor Ort auf eine Zuspitzung der innerpalästinensischen Spannungen durch die Beschießung und Ermordung von Vertretern von Präsident Abbas im Gazastreifen hin.

Natürlich darf man die Ereignisse im Irak nicht vergessen, wo Al Qaida auf der Fortsetzung des Krieges gegen die amerikanischen Streitkräfte und die gewählte irakische Regierung beharrt. Al Qaida entfaltet seine zerstörerische Wirkung immer dann, wenn die irakische Regierung kleine Fortschritte bei Verständigung zwischen den drei Gruppen, Sunniten, Schiiten und Kurden, aus denen sich dieser Unglücksstaat zusammensetzt, erzielt. Auf die Ereignisse in Südjemen, Somalia und in Ostafrika (Sprengung der amerikanischen Botschaft und der gescheiterte Raketenangriff auf ein israelisches Flugzeug) einzugehen, würde hier zu weit führen. Doch die dortigen Ereignisse, wie auch die zunehmenden Aktivitäten (der von Al Qaida unterstützten) Taliban in Afghanistan verheißen nichts Gutes für die ganze Region. Al Qaida ist im Nahen Osten äußerst aktiv. Sie müssen seine Tätigkeit also genau verfolgen, bevor sie zu dem Schluss gelangen, dass er in der Region bisher nicht tätig geworden ist.

Zusammenfassung

Sie haben sicherlich festgestellt, dass ich in meinen langen Ausführungen nur versucht habe, die Fakten richtig zu stellen. Ich weiß nicht, ob diese Richtigstellungen ihre Haltung punkto Notwendigkeit, das besondere deutsch-israelische Verhältnis aufzukündigen, beeinflussen wird. Ich kann vor einem solchen Schritt nur warnen, denn er würde sich zuallererst gegen Deutschland selbst richten, das seit Jahren die Gleichstellung mit den fünf ständigen Mitgliedern des UN-Sicherheitsrates anstrebt. Die Furcht vor der Erstarkung Deutschland und, im Falle einer inneren Katastrophe, davor, dass sich Deutschland erneut in einen totalitären

Staat verwandeln könnte, ist nicht nur eine israelische Angelegenheit. Sie wird auch von Polen, von den USA, Kanada, Russland und Tschechien geteilt. Solange die deutsche Außenpolitik **im besonderen Verhältnis zu Israel** verankert ist, ist sie gegen einen solchen Verfall gefeit. Ich rate Ihnen, diese Sonderposition zu festigen, unabhängig von den derzeitigen Ereignissen im Nahen Osten.

Mit freundlichen Grüßen
Dov Ben-Meir

Linz, 7.8. 2007

Dear Mr. Ben-Meir,
just coming back from holiday I am very pleased to find your answer to our letter in my mailbox. I will forward it immediately to the authors of our Manifesto, and, if you agree, I will also publish it on the homepage of the "Forum Crisis Prevention" of which I happen to be the chairman.
I am sorry for the delay in confirming that I have got your answer and as well for all the trouble you have had with translating our letter into Hebrew, etc. I am sure I may say already in the name of all my colleagues that we esteem your engagement very much. Again it will take some time until you get a reaction as to the content of your letter, but you can be sure we will go on and that we will seriously consider to meet you in Israel, if Mr. Benz finds a way how to manage that.
Personally I thought already to invite you to discussions in Germany or Austria and how to manage that financially. I would be happy if we could realize both.
Looking forward to a possible personal meeting and any way to continue our exchange of letters,
Yours sincerely,
Reiner Steinweg

V.

Authors of the „Manifesto of the 25“

c/o Prof. Dr. Gert Krell

Hofheim, 10.4.2008

To

Mr. Dov Ben-Meir

Former Vice-President of the Knesseth

12 Beeri Str.

Tel-Aviv 64682

Dear Mr. Ben-Meir,

we are glad that we can now at last reply to your long letter of July 19, 2007. We apologize again in the name of our group of authors and signatories to the “Manifesto” for the long delay in our response. The four of us who were able to follow your kind invitation to your country would like to thank you again for this fine opportunity to continue our dialogue on the Middle East conflict on a personal level. They consider the visit an extremely important and useful experience, with fascinating discussions with Israeli and Palestinian intellectuals, scholars, and politicians, and they always felt at home and well attended. And we hope that we will find an opportunity to reciprocate this invitation and have you and some of your colleagues in Germany and/or Austria for similar events.

There was one drop of bitterness in this visit concerning several serious, even absurd misrepresentations of our intentions and our views by some Israeli newspapers and news services after the public conference in Netanya. Unfortunately, many Israelis feel hurt by statements which were attributed to us, but which we would never make, not even dream of making. (See the attached letter by Gert Krell to the editors) So from hindsight, we believe it may have been a mistake to take the “Manifesto” to Israel and to discuss it publicly instead of in a private conference. Well, we now also have a much better understanding of the delicacy of certain controversial positions in Israel.

Fortunately, our dialogue with you, although also highly controversial, has had none of this. We have always felt accepted by you as concerned and honest human beings, and we have the highest regards for you as a person and for your achievements, even if we disagree with you, and sometimes strongly, on a number of important political and historical issues and judgements. This is what we mean when we talk of “friendship and criticism”. Your criticism of our positions does not in any

way influence our respect and our friendly feelings for you, and we have good reason to believe that this is mutual.

Methodological Remarks

We would like to begin our substantial discussion of your new letter with a few methodological remarks.⁵ You say towards the beginning that our response to your first response was partly based on uncertain facts, that we should thoroughly study them before coming to conclusions, and that you would like to clarify our errors.

But what is a “fact”? Facts do not exist by themselves, certainly social, political, or historical facts do not. (It is different with natural “facts”. Most people would accept that a stone which you throw into the air will come down again. But even here, “normal” or lay people often disagree widely on the interpretation of natural phenomena.) A social or historical fact is something which a significant number of serious people who have some knowledge of a subject would say is an event, a chain of events, or a relationship which actually exists or existed. They may still be wrong, because we can never exclude the possibility that researchers become aware of new documents with “facts” or simply interpret already known documents in a different, more coherent and hence more convincing way. There are many examples in historical and political research around the globe. Let us take an example from our discussion.

When you say (on p. 6) that the tragic events at Deir Yassin were an exception (“ein Ausnahmefall”), is that an established fact on which most serious people who have studied the war in 1948 or read about it would agree? Benny Morris, one of the Israeli authorities on the Palestinian refugee problem in the 1948 war, says about Deir Yassin: “it became the one Jewish atrocity that it was permitted to write about – and to condemn”.⁶ There were many more, actually. In a later article Morris says:⁷

(...) the new documentation has revealed atrocities that I had not been aware of while writing *The Birth*⁸ (for example, at al-Husayniyya, north of the Sea of Galilee, in March, and at Burayr, north of Beersheba, in May). These atrocities are important in understanding the precipitation of various phases of the Arab exodus. (...) When

⁵ In order to simplify reference to the various parts of our written dialogue, we suggest to count them as follows: The “Manifesto” should be counted as Document (I), your response in the “Frankfurter Rundschau” as no. (II), our response to your “Rundschau” article from March 31, 2007 as no. (III), your letter of July 19, 2007 as no. (IV), and this letter as no. (V).

⁶ Benny Morris, *Righteous Victims*, New York 1999, p. 208

⁷ Benny Morris, Revisiting the Palestinian Exodus of 1948, in: Eugene L. Rogan/Avi Shlaim (eds.), *The War for Palestine. Rewriting the History of 1948*, Cambridge – New York 2001, pp. 37-59, here pp. 49, 54-55.

⁸ Morris’ first book, GK.

Shimoni referred to the IDF's "acts of cruelty" and Moda'i to the troops' "lack of restraint", they were referring to the series of massacres carried out by Carmel's troops in Majd al-Kurum, al-Bi'na, Dayr al-Assad, Nahf, Safsaf, Hish, Sasa, Saliha, Ilabun, and Hula, mostly after the end of the fighting. (...) Almost all the massacres followed a similar course: a unit entered a village, rounded up the menfolk in the village square, selected four or ten or fifty of the army age males (...), lined them up against a wall, and shot them.

For this article, Morris also researched the Zionist leadership's attitude on transfer before the war. This is what he has to say:⁹

My conclusion was and remains that thinking about the transfer of all or part of Palestine's Arabs out of the prospective Jewish state was pervasive among Zionist leadership circles long before 1937 (...) The consensus or near-consensus in support of transfer – voluntary if possible, compulsory if necessary – was clear. (...) Nazi persecution of the Jews only heightened his (Ben-Gurion's, G.K.) appreciation of the urgent need for more empty land in Palestine on which to settle Jewish immigrants. Moreover, the spectacle of Nazi exploitation of German minorities in central and Eastern Europe to subvert opposing regimes acted as a spur to Zionist thinking about how the prospective Jewish state must rid itself, *ab initio*, of its prospective subversive Arab minority.

So it seems that when you speak of "the tragic events" at Deir Yassin as an exception, you do not make a factual judgement but use a politically or culturally established convention. According to the new book by Ilan Pappé, who uses archival and other material from Ben-Gurion and other members of the "Consultancy", the major deliberating body at the time, and from the Hagana, the Yishuv organized a well-prepared, massive and brutally violent campaign to de-Arabize the area granted to the Jews by the UN vote, and beyond, i.e. to expel and dispossess most of the Arab population; much of it even before any Arab regular soldier had entered Palestine and mostly against grossly inferior or no resistance at all.¹⁰

To be sure, nobody has all the facts. Everybody, ourselves included, uses or connects some "facts", ignoring others or not being aware of them. That is one of the major reasons for scholarly research with its discoveries of new "facts" and the controversies and debates about the "full picture" of events and structures. In conflicts among nations or ethnic groups, you will often find that the conflicting parties present different sets of facts about the origins of their antagonism, its development, or their responsibility for it. Even if many of these facts turn out to be uncontroversial in themselves, the groups often cannot agree on the interpretation of these facts, their respective importance, weight or hierarchy. That is why in processes of

⁹ Morris, *Revisiting*, pp. 40, 44-45.

¹⁰ Ilan Pappé, *The Ethnic Cleansing of Palestine*, Oxford 2007

reconciliation, such groups or whole nations establish commissions which try to develop a balanced account of their mutual histories which both sides can accept or at least live with. As far as we know, there have also been organized meetings between Israeli and Palestinian historians. It was easier for them to agree on the future than on the past.

To give you another example, we would like to refer to page 8 in your letter where you discuss conflicts between the Yishuv and the Palestinian national movement in the 1920s and 1930s. You mention the bloody troubles in Jerusalem in 1920 and 1929, in Jaffa 1921, the massacre in Hebron in 1929, and the Arab revolt of 1936-1939, and you conclude: "In all diesen militärischen Aktionen kamen Hunderte von Juden ums Leben." This is a fact, and a very sad one. But there is another side to the coin, there are other facts which need to be mentioned in order to establish a more complete picture. We would like to quote what we also consider facts (or at least possible facts), without using any Arab sources, just standard Western including Israeli literature:

On Hebron 1929:

Yes, an Arab mob killed about sixty Jews. But why not also recognize that "hundreds of Jews were saved by Arab neighbors (and, at a later stage [...] by Arab policemen)"?¹¹

On the violence in Jerusalem 1929:

Am 15. August, dem Tish'a be-Av, an dem gläubige Juden traditionell der Zerstörung des Tempels gedenken, zogen etwa 300 revisionistische Jugendliche mit fliegenden Fahnen zur Klagemauer, um dort die Hatikva abzusingen und die Klagemauer für die Juden zu reklamieren ("Die Mauer ist unser").

We are not quoting this to deny or belittle in any way the Arab mob violence which followed, but only to say that there was a process of escalation in which both sides played their parts. To continue the quotation:

In Jerusalem und Haifa rächte sich ein jüdischer 'Mob' an den Arabern, in Jaffa wurden ein Imam und sechs weitere Menschen in einer Moschee ermordet, die Moschee selbst niedergebrannt. (...) Während der Unruhen, die insgesamt rund eine Woche anhielten, kamen bei arabischen Angriffen, jüdischen Gegenattacken und britischen Polizeimaßnahmen mindestens 133 Juden und 116 Araber ums Leben.¹²

On the whole violence of 1929 we would like to present and quote from the analysis by the then American consul general in Jerusalem, Paul Knabenshue:

¹¹ Morris, *Righteous Victims*, p. 114

¹² Gudrun Krämer, *Geschichte Palästinas*, 3. Aufl., München 2002, pp. 270-272. **Gudrun Krämer ist a leading German Historian on the Middle East.**

Knabenshue began his analysis for the State Department with the contention that the Zionists were at least partially to blame for the 1929 outbreak of violence. (...) He based this on the belief that Revisionist Zionists had, through demonstrations and parades at the Wailing Wall and in neighborhoods of Muslim Jerusalem, behaved in such a way as to provoke the Arab uprising. More important, however, the consul general identified what he considered broader contextual roots of the conflict. Thus, “while the controversy over the Wailing Wall undoubtedly furnished the spark which caused the recent explosion ... the attendant incidents were, however, merely phases of the present dangerous situation. ... The basic cause of the serious troubles ... arises out of the Balfour Declaration.” Knabenshue noted that the Balfour Declaration had two clauses, the first promising a Jewish National Home and the second promising not to violate the “civil and religious rights of the non-Jewish communities.” In his opinion, the articles of the mandate that were used to implement the Balfour Declaration “artificially stimulated” immigration and officially facilitated land transfers. These acts had, according to Knabenshue, led to an “interpretation of the [first part of the] Declaration” in a manner that “violate(d) the second part of the Declaration and in so doing are in violation of paragraph four of Article 22 of the [League of nations] Covenant, and hence, as might be said from an American point of view, are ‘unconstitutional’”.

Back in 1922, after earlier Arab disturbances, the British tried to clarify the situation by interpreting the first clause of the Balfour Declaration through a White Paper. According to Knabenshue, it stipulated that “Palestine is not to be converted into *the* National Home of the Jews, but merely a Jewish home may be established in Palestine.” Nonetheless, the Zionists had continued openly pressing for greater immigration and land transfers, which put, in the long run, effective pressure on the government in London. Thus the consul general pointed out that “to any student of the situation”, including the Palestinian Arab leadership, “it is quite evident that the Zionist’s ambition was, and still is, to convert Palestine into ... a Jewish state and by economic pressure to force out the Arabs, or reduce them to impotency, until Palestine should become as Jewish as England is English.” Later, he further explained that Revisionist Zionists were “indiscrete and openly proclaiming this policy, but the more moderate element are for the moment endeavoring to conceal this secret but nonetheless definite ambition.” All of this had led to constant rising tension between Arab and Jew in Palestine, the latest manifestation of which was the 1929 violence.¹³

Jewish immigration and the feeling of displacement and dispossession on the part of the Arabs in Palestine are also mentioned as a major source of the conflict in all the reports by British commissions of enquiry which used to follow violent troubles between Jews and Arabs in the period of the mandate.

¹³ Lawrence Davidson, *America’s Palestine: Popular and Official Perceptions from Balfour to Israeli Statehood*, Gainesville–Tallahassee–Tampa 2001, pp. 97-98.

We are well aware that our own presentation of “facts” can be revised in the light of new documents or interpretation, and we are certain you will contribute to such a revision in your next letter as you have done in your first. As you may have noticed, we do not want to be right at any price. Our aim simply is to approach the historical truth as closely as is possible today. Any reasonable objection is welcome.

As for the Arab revolt in 1936-39, we feel it is necessary and appropriate to mention that it was brutally repressed by the British, with whom the Yishuv cooperated:

1937 spaltete sich aus Protest gegen die offizielle Linie der Zurückhaltung (*havlaga*) die militante Untergrundorganisation Etzel (Irgun Tzva'i Le'umi) von der Hagana ab (...). Im November 1937 verübte sie die ersten Terroranschläge auf arabische Busse, Cafés, Märkte und andere öffentliche Plätze, die sie in den 1940er Jahren noch intensivieren sollte. (...) Die britischen Maßnahmen machten in ihrer Härte Schule: Schon Ende Juni 1937 hatten sie den unerlaubten Besitz von Waffen, Munition und Sprengstoff unter Todesstrafe gestellt, ein Schritt, der sich in ersten Linie gegen die arabischen Rebellen richtete; viele Juden besaßen zu dieser Zeit die Erlaubnis, Waffen zu tragen und für den Verteidigungsfall Munition einzulagern. (...) die Häuser von Familien, die verdächtigt wurden, Aufständische („Terroristen“) zu unterstützen, wurden in die Luft gesprengt (eine später von der Hagana und dem israelischen Staat übernommene Praxis), Dörfern und Gemeinden Kollektivstrafen auferlegt, häufige Ausgangssperren verhängt.¹⁴

We are far from eulogizing the Arab revolt. We know that some of the rebels were radical fanatics who tried to impose their reactionary views on their own people and that the revolt contained its own civil war; and we regret the violence, as we regret all violence. But we again feel it is necessary to understand the Palestinian point of view as well, if we really want to comprehend the Middle East conflict and its history. There is a strong connection between the Arab revolt, its defeat by the British, and the Palestinian “Disaster” of 1948:

The Arab Revolt (...) which the Zionists, in a familiar pattern of self-denial, started by dismissing as ‘incidents’ or ‘riots’, was nevertheless a major watershed in the history of the conflict between Jews and Arabs in Palestine. (...) The Revolt was the prelude to what increasingly became an inevitable all-out war between Jews and Arabs for the exclusive ownership of Palestine. The brutal repression of the Revolt by the British brought the Arab community in Palestine to the verge of collapse and dissolution in a way that anticipated, and created the conditions for, the Palestinian Naqbah (‘Disaster’) of 1948. (...) There is hardly a method of repression the Israelis would use in quelling the Al-Aqsa Intifada in 2001-5 that was not anticipated, even surpassed, by the British in their reckless, brutal repression of the Arab Revolt.

¹⁴ Krämer, *Geschichte Palästinas*, p. 340-341

Terrorists and guerrilla fighters were court-martialled and executed, their houses were blown up, collective punishments were applied throughout the Arab communities and the RAF razed whole villages to the ground. (...) Arab society had been crumbling from within ever since the brutal repression of the 1936-9 Revolt. Leaderless and decapitated of their traditional elites, deeply fragmented, respectful and frightened of the Yishuv's military power, and disorientated as to their real or achievable objectives, the Palestinians approached the imminent conflict [of 1947-9, G.K.] and, as it turned out, their second catastrophe in a decade, in a state of disarray and fatalistic despair.¹⁵

Your Letter Page by Page

p. 2: Die israelische Führung hat niemals Anspruch auf ganz Palästina erhoben.

We do not agree with this statement. From our reading of the literature, the Revisionist Zionists claimed not only the territory of the mandate, but also territory east of the Jordan, and this far into the period of statehood. In a very long and more recent process the Israeli right has gradually refrained from the notion of holding on to all of Eretz Israel. Things are a bit more complicated with Labour. The Labour Zionists were more flexible in their territorial claims, but Ben Gurion himself had openly set his eyes on all of Palestine (see the Biltmore Program of 1942, e.g.) and he often stated that flexibility was but a tactical requirement. We give you three examples of Ben Gurion's expansionism and annexationism:

... the truth of the matter is that neither in the aftermath of 1948 nor in 1983 did Israel have in mind a peace between equals with Lebanon. Rather, she thought of peace with conquest and annexation. In the early 1950s both Ben-Gurion and Dayan considered ways of subverting the Lebanese government, annexing the area south of the Litani river and making peace with a monolithic Christian Lebanon. Ben-Gurion would actually share his designs on Lebanon with some other items in his grand strategy for the restructuring of the entire Middle East with his French allies whom he met at Sèvres in 1956 to prepare the Sinai campaign. Israel's invasion of Lebanon in 1982 might have looked like the sudden whim of a warmonger Minister of Defence, Ariel Sharon, but it was actually an operation embedded in a concept with a long pedigree and in Israel's mainstream strategic thinking from the very early years of the State.¹⁶

Instead, he (Ben-Gurion in 1956, GK) presented a comprehensive plan, which he himself called "fantastic", for the reorganization of the Middle East. Jordan, he observed, was not viable as an independent state and should therefore be divided. Iraq would get the East Bank in return for a promise to settle the Palestinian refugees

¹⁵ Shlomo Ben-Ami, *Scars of War – Wounds of Peace. The Israeli-Arab Tragedy*, London 2006, pp. 7, 11, 35

¹⁶ *Ibid.*, p. 58-59

there and to make peace with Israel, while the West Bank would be attached to Israel as a semi-autonomous region. Lebanon suffered from having a large Muslim population, which was concentrated in the south. The problem could be solved by Israel's expansion up to the Litani River, thereby helping turn Lebanon into a Christian state. The Suez Canal area should be given international status, while the Straits of Tiran in the Gulf of Aqaba should come under Israeli control to ensure freedom of navigation. A prior condition for realizing this plan was the elimination of Nasser and his replacement with a pro-Western leader who would also be prepared to make peace with Israel. (...) the nuclear deal concluded at the private meeting at Sèvres is interesting for three main reasons. First, it shows that the French were determined to go to war at almost any prices. Secondly, it reveals the full extent of the incentives the French were prepared to give Israel in order to induce it to play the part assigned to it in the war plot against Egypt. Third, it confirms the impression that Israel did not face any serious danger from Egypt at that time but nevertheless colluded with the European powers to attack Egypt for other reasons. (...)

The plan (to attack Egypt, GK) is thus highly revealing of Ben-Gurion's inner thoughts about Israel, the European powers, and the Arab world. It revealed his craving for an alliance with the imperialist powers against the forces of Arab nationalism. It exposed an appetite for territorial expansion at the expense of the Arabs and expansion in every possible direction: north, east, and south. And it exhibited a cavalier attitude toward the independence, sovereignty, and territorial integrity of the neighboring Arab states.¹⁷

Im Frühjahr 1968 bestand David Ben Gurion immer noch darauf, dass er ein kleines Israel mit Frieden einem Groß-Israel ohne Frieden vorziehen würde. Aber im Lauf der Zeit wurde auch er immer sicherer, dass ein Frieden unerreichbar sei, und deshalb befürwortete er nicht nur eine Vergrößerung des jüdischen Bevölkerungsanteils in Jerusalem, Hebron und Gusch Etzion, sondern auch „wo immer möglich im Westjordanland“.¹⁸

p. 2: „Diese Position, auf der auch die Bereitschaft Israels zum Rückzug auf die Grenzen von 1967 (gegen echten Frieden) beruht, wurde von den israelischen Regierungen sowohl unter der Führung der Arbeitspartei als auch unter Herrn Ariel Scharon (Likud) betätigt, der sich für ‚zwei Staaten für zwei Völker‘ entschied.“

Again, we cannot agree with the statement. While Israeli leaders at several times have articulated a willingness to make “painful concessions” on the question of the settlements in the West Bank (Ehud Barak having gone farthest in the Camp David and Taba negotiations), none of them had enough support for these concessions in their coalitions. And all of them actively contributed to a continuous expansion of Israeli settlements in the West Bank and in East Jerusalem, which has gradually led

¹⁷ Avi Shlaim, *The Iron Wall. Israel and the Arab World*, New York–London 2000, pp. 172, 176, 178

¹⁸ Tom Segev, *1967. Israels zweite Geburt*, Bonn 2007, p. 695

to almost complete disillusionment about the chances for peace among the Palestinians. The present Israeli government, which also says it is committed to the new peace process, cannot even dissolve those outposts which are unauthorized and thus illegal according to Israeli law, to say nothing of international law.

We also do not think that Ariel Sharon wanted to go back to the Green Line. First of all, if anybody was the architect of Israel's expansion into the territories, it was him. Desperately late in his career he saw the threat that his pursuit of the settlement project posed to the very Jewish state he had devoted his life to protecting. So he was willing to make concessions. He was willing to give up Greatest Israel in order to win Greater Israel forever. He would give up settlements and give up on Gaza, but in return would keep important sections of the West Bank – if possible with US support. We regard it as highly unlikely that he had accepted the idea of a workable and contiguous Palestinian state. He seems to have believed that Israel would not have to pay that price.

p. 2 „... wie sie der Roadmap verpflichtet ist, obschon sie von arabischer Seite beharrlich abgelehnt wird.“

We do not agree with this sentence. From the very beginning, Israel made support for the Road Map contingent on a number of substantial reservations. In Egypt on June 3, 2003, President Bush met with the leaders of Egypt, Saudi Arabia, Jordan and Bahrain and with Prime Minister Abbas. The Arab leaders announced their support for the Road Map. Both sides have not fulfilled the Road Map's phase 1 requirements. The Palestinian leadership did not or could not stop terrorist attacks, and Israel did not or could not stop the settlement process.

p. 3 „Ich hoffe, Sie stimmen mir zu, dass der Krieg von 1967 aufgrund militärischer Aktivitäten der arabischen Seite ausbrach.“

Sorry, but we also cannot agree with this judgement. According to our reading of the literature, the war of 1967 was an unintended war which grew out of escalatory steps on both sides, of fear of war, and of misperceptions. As far as we can tell, no side really wanted this war. (If you would like to go deeper into this question we can do that in our next exchange.)

p. 3 You seem to be baffled that we “understand, although do not agree with Palestinian resistance” to the UN vote and you say we “justify” the Arab attack against the small Jewish community in Palestine and later against the newly founded state of Israel.

We have never justified Arab wars against Israel, we are strongly against violence, although some, not all of us believe that military resistance against an unprovoked attack can be legitimate under certain conditions. We will say more about this soon. You seem to have misunderstood our sentence in (III) about military power. We wrote and you quote on p. 4: „Alle auf **primär** militärische Macht gestützte Sicherheit steht auf tönernen Füßen.“ What we wanted to say here is that security should **not primarily** be built on military power. That does not mean that there can be no moments or periods in a nation’s or group of nations’ lives when the military is indeed the primary instrument of maintaining security, as in the fight of the allies against Hitler. But it means more generally that a prudent security policy will not primarily be based on the military instrument. It will use it as a backup or a safeguard in reserve. We give you an example, a critique of Sharon’s anti-terror policies which we agree with:

And yet, when Sharon’s long life is viewed as a whole, one has to conclude that for all his tactical strengths he was a weak strategist. (...) he spent decades fighting “terror” by force, constantly believing that a people could be bombed, harassed, and intimidated into docility. He never learned the obvious lesson of fifty years of such combat: that fighting Palestinian violence with ever-increasing brutality is like putting out a fire with gasoline. He believed that cutting off the head of a terrorist faction would ensure a new, “moderate” leadership when, in fact, ten more violent heads would grow in its place. A long-term strategist would have understood that tactical victories here and there would never bring real security; only a political solution could do that.¹⁹

pp. 3, 6-9 On the legitimacy of the Zionist project and the legitimacy of Arab resistance

Throughout your letter you present arguments which are part of the traditional Zionist narrative. This is perfectly legitimate, but we feel it is also legitimate to put this narrative into a broader historical perspective. We suggest a number of propositions or judgements which we might discuss further.

We regard Zionism as a legitimate response to the crisis of traditional Jewish cultural identities in the process of modernization and national mobilization in Europe, yet it was only one of several reactions among European Jewry. Others were emigration to other countries instead of Palestine (mostly to the United States, only a very small percentage of European Jews actually immigrated to Palestine), assimilation and confessionalization, Bundism, territorialism, or autonomism. (When we talk about Zionism here, we refer to its state-building variant.)

¹⁹ Jonathan Freedland, The Enigma of Ariel Sharon, in: The New York Review of Books, December 21, 2006, PP. 32-40, p. 38.

We also believe that Zionism would have remained a minority movement among Jewry, which it was for a long time anyway, if all European states had granted their Jewish minorities in real life those rights which modernization and democratization seemed to offer to all citizens. State-building Zionism was to a major extent, although not completely, a reaction among Jewry to European nationalism and anti-Semitism in the second half of the 19th century. The problem was that the Zionists did not have their own national territory and that they chose Palestine, for understandable reasons. This territory, however, had for close to 2000 years no longer been Jewish in the sense of major contiguous settlements, and it had become the real existing home of a different people. That is why, when after the first Zionist Congress at Basel in 1897 two representatives of the rabbis of Vienna took off to Palestine to explore Herzl's ideas, they sent a cable back home which said: „The bride is beautiful, but she is married to another man“.²⁰

The project of systematic Jewish settlement in Palestine aiming at a „national home for the Jewish people“ and thus to all intents and purposes their own national state, as an answer to the „Jewish question“, could only succeed a) against promises of self-government to the Arabs, b) with political, economic, and military support from outside and, in the end, c) through violent majoritization. Except for small minorities on both sides, neither Jews nor Arabs wanted a bi-national state. Obviously, the Arabs would never voluntarily accept a state dominated by the Jews. No less a person than Wladimir Zeev Jabotinsky already discussed this openly in the mid-20s; he favoured a policy of military strength which would leave the Arabs no alternative but to accept a permanent Jewish presence in form of their own state in all of Palestine. You know very well that he said if he were an Arab in Palestine, he would also take up arms against the Jews. And as far as we know, David Ben Gurion himself once said something similar.

You mention there was enough space in Palestine for everybody. Well, there certainly was even more space for immigrants in North America or in Australia and New Zealand, when they were settled earlier from outside. Yet even there the indigenous people resisted encroachment on their ways of life and the gradual taking-over of their “countries” by the immigrants from Europe. And the Arabs knew or soon found out that the Jewish immigrants not just wanted to live in Palestine but wanted a Jewish dominated state. All this Jabotinsky also knew and saw very clearly. He did not think that Arab resistance was illegitimate. He was determined to break it, in order to create a safe haven for (east) European Jewry.

²⁰ Cf. Avi Shlaim, *The Iron Wall. Israel and the Arab World*, New York–London 2000, p. 3

There are other problems. Without British imperialism, the Yishuv would not have been able to lay the foundations for the Jewish state. Unfortunately, the British had not only made promises to the Jews, but also to the Arabs, namely liberation. That did not come, and the Palestinian Arabs were not allowed a say in immigration policy, although that was one of their most urgent demands from the very beginning. We also feel one cannot ignore that the Balfour declaration and the UN vote took place in a certain historical period when international decision-making was still dominated by the great European powers and the United States.

Some Western diplomats had been aware of these problems. As the King/Crane Commission, convened by Woodrow Wilson himself to examine the question of the Mandate for Palestine, reported in August 1919: to subject nine-tenth of the population to unlimited Jewish immigration and to financial and social pressure to give up their land would be a gross violation of the principles which the American president himself had put forward. The Peace Conference in Paris should note that feelings not only in Palestine but also in all of Syria were intensely anti-Zionist. Not one of the British officers consulted had believed that the Zionist program could be carried out except by force of arms. The document also stated that the initial claim often submitted by Zionist representatives that they had a right to Palestine based on an occupation two thousand years ago, could “hardly be seriously considered”. And the commission concluded:²¹

In view of all these considerations, and with a deep sense of sympathy for the Jewish cause, the Commissioners feel bound to recommend that only a greatly reduced Zionist program be attempted by the Peace Conference and even that, only very gradually initiated. This would have to mean that Jewish immigration should be definitely limited, and that the project for making Palestine distinctly a Jewish commonwealth should be given up.

Even as late as 1947, Gordon Merriam, an official from the staff of the Division for Near Eastern Affairs in the State Department, addressed the question of the division of Palestine in a memorandum as follows:²²

U.S. support for partition of Palestine (...) can be justified only on the basis of Arab and Jewish consent. Otherwise we should violate the principle of self-determination which has been written into the Atlantic Charter, the Declaration of the United Nations, and the United Nations Charter – a principle that is deeply imbedded in our

²¹ Walter Laqueur/Barry Rubin (Eds.), *The Israel-Arab Reader. A Documentary History of the Middle East Conflict*, 6th edition, New York–London–Victoria 2001, pp. 24-25, the quotation on p. 25. The report had no impact whatsoever, and it was published only years after the Paris conference.

²² As quoted in Lawrence Davidson, *America's Palestine. Popular and Official Perceptions from Balfour to Israeli Statehood*, Gainesville–Tallahassee–Tampa 2001, p. 182 (our emphasis).

foreign policy. *Even a United Nations determination in favour of partition would be, in the absence of such consent, a stultification and violation of UN's own charter.*

And finally a response by Ibn Saud towards Harry S. Truman who suggested in 1947 that a Jewish state in Palestine was necessary because of the difficult situation of the Jewish refugees in Europe; the Arabs need not be afraid of Jewish aggression against the Palestinians.

Your Excellency will agree with me in the belief that no people on earth would willingly admit into their country a foreign group desiring to become a majority and to establish its rule over that country. And the United States itself will not permit the admission into the United States of that number of Jews which it has proposed for entry into Palestine. (...) I believe that after reviewing all the facts, Your Excellency will agree with me that the Arabs of Palestine, who form today a majority in their country, can never feel secure after the admission of the Jews into their midst nor can they feel assured about the future of the neighboring countries.²³

We feel it should also be mentioned that from the end of the World War II until the vote in the UN, Roosevelt as well as Truman had repeatedly assured heads of Arab states that the United States would take no action on the future of Palestine without full consultation with *both* Arabs and Jews, a promise which was not kept.

All this does *not* mean we question the legitimacy of Zionism or of Israel. We have great sympathy for both; how could we not, particularly after the Holocaust. We attach excerpts from an interview with Ze'ev Sternhell, a survivor and a famous Israeli historian and political scientist. He explains why he calls himself a "super-Zionist", and we strongly empathise with this explanation. (His "super-Zionism" has not prevented him from analyzing what he calls the "founding myths of Israel" and from demanding the recognition of the rights of the Palestinians.) Yet we also empathize with the Palestinians and with their fate. We are reluctant to blame only one side for the origins of the conflict. We rather see it as a tragic encounter of two apparently incompatible national movements. In a way, the conflict was a result (not of the Holocaust, although it did play an important role) of Europe's anti-Semitism and Europe's incapability to accept and to integrate its Jewish co-citizens fully and everywhere. Europe delegated the solution to the "Jewish question", which was not so much a Jewish question but rather a European question, to the "South", to a developing country which did not have the political or the physical power to prevent its dispossession. One national group had to give way, and in our view that is the basic tragedy of the early phase of the Middle East conflict.

p. 5 Ban on Return and Jewish Refugees from Arab Countries

²³ As quoted in Donald Neff, *Fallen Pillars. U.S. Policy towards Palestine and Israel since 1945*, Washington, D.C. 1995, p. 43

p. 10 *“Insofern ist ihre Parteinahme ausgerechnet für die extremsten Standpunkte im arabischen Lager, die der jüdischen Präsenz in Palästina die Legitimität absprechen, für mich unverständlich.“*

We agree with you on both accounts on p. 5. We believe in the two-states solution in the sense that we do not see any reasonable alternative to it in the near future for a serious calming down of the conflict. That also means that Israel will remain a predominantly Jewish state; the bulk of the former Palestinian refugees cannot be allowed to return as residents to Israel. We do not think that this still is a major problem, however. Studies by the Netanya College, e.g., have shown that over 70 percent of the refugee population in the camps harbour no serious thoughts of going “back” to their “original” towns and villages which they abandoned in 1948. If you add incentives (financial or other support) and disincentives (such as the prospect of military service in the Israeli army), less than 4 percent would like to return to pre-1948 Palestine.

So we do not understand why you are saying on p. 10, we support the most extreme points of view in the Arab camp because we believe that Israel should have reacted more positively to the Saudi peace plan. The reference to the right of return is a bargaining chip, not a device to destroy Israel. Several of our partners in our discussions in Israel agreed with us on this point.

We also agree on the importance of the immigration of a large number of Jews from Arab (or other predominantly Islamic) countries after independence and during or after the first Israeli-Arab war (and later Israeli-Arab wars) – much or even most of it not voluntarily but under severe pressure from Arab or Muslim majorities or their governments. It may not be altogether improper, although somewhat simplistic, to speak of a kind of (involuntary) population exchange between the Yishuv/Israel, which thus became overwhelmingly Jewish, and their already largely non-Jewish Arab and/or Muslim environment as far as Morocco. The story of the Jewish refugees from Arab or Muslim countries is hardly ever mentioned by the Arab/ Islamic side or in the UN for that matter. The Jewish refugees from Arab countries mark an important watershed in the history of the conflict, transcending its European and its colonial roots. It is definitely no longer appropriate for the Arabs to claim that Israel was an implant of Western imperialism or even a crusader state; this is a manipulation of their own history, their involvement in and their co-responsibility for the Middle East conflict.

p. 9 Christian pro-Zionism

We agree that Christian pro-Zionism has played an important role in the Middle East conflict and still does. We do not believe, however, that this orientation is helpful for a solution to the conflict, because in the early pre-state phase Christian pro-Zionists used to see it in the tradition of the crusades (particularly during and after World War

l) and because Christian pro-Zionists today mostly support Greater Israel and reject, for fundamentalist-ideological reasons of their own, a return to the borders of 1967.

p. 9 Importance of the Soviet Union for the establishment of Israel

Here we agree with you again. Soviet support and the consent of the future two superpowers to division of Palestine and their early recognition was a crucial factor in the birth of Israel. The coincidence of their behaviour was a rather fortuitous “window of opportunity”, certainly no longer a product of their anti-Fascist alliance in World War II; the Israeli-Arab conflict was soon to be integrated into the East-West conflict.

We also agree on the reasons which you mention for Soviet behaviour. Yet new archival research also shows that the Soviets started to link the effects of the Nazi persecution of the Jews with the establishment of a Jewish state as early as 1943. The USSR was concerned about the “burden” of uprooted Jews in its coming post-war sphere of influence, which also shows in its at least tacit support for pressure on Jews to emigrate from Poland and the Balkans towards the DP camps or directly to Palestine in 1945-48. It should also be noted that during the war leaders in the Yishuv and Ben-Gurion himself had carefully tried to convince important Soviet diplomats of the mutual benefits of a more positive relationship. The Yishuv’s economic and political advances in Palestine, the seeming affinity in socialist outlook, and the absorption capacity of the country for Jewish immigrants did make an impression on Soviet diplomacy, which had favoured the (Palestinian) Arabs during their revolt in the 1930s.²⁴

p. 9 and p. 12 Iran

We agree with you that Iranian threats to Israel are unacceptable not only to Israel but to the whole international community of states, and several among us have said so publicly and will repeat it. Experts on Iran, who speak the Persian languages, are telling us that the Iranian President and his environment have not said that they or Iran would actively destroy Israel, but that Israel will be destroyed or will come to an end soon or some time. That is bad enough and also unacceptable, but it does make a difference, even if a small one only. We don’t believe there is a real possibility that Iran will ever use nuclear weapons against Israel, this is all politics. First of all, a nuclear weapon on Israel would inevitably also kill thousands of Muslims. Secondly, there is a strong likelihood of nuclear retaliation. Even such a madman as Hitler did not use chemical weapons in World War II, because he knew that the other side had them as well.

²⁴ See Matityahu Mintz, *Ben-Gurion and the Soviet Union’s Involvement in the Effort to Establish a Jewish State in Palestine*, *Journal of Israeli History*, 26:1 (March 2007), pp. 67-78.

That does not mean, we take the possibility of a nuclear armed Iran lightly; Iran should not have “the bomb”, not only because of its animosity towards Israel but because of rivalry in the whole region. As we read the debate, the West, in particular the United States, have missed various opportunities to moderate its conflict with Iran, and even today too much pressure only helps its current radical president and his supporters. In our view, an attack on Iran would create more problems than it might solve. As we read the debate, it will take Iran a couple of years until it will be able to produce a prototype of a nuclear bomb. Until then the nuclear option is but a bargain chip for gaining a security guarantee from the international community of states that the system of governance in Iran will not be overthrown from outside.

p. 10-11 Hamas and our European perspective

We agree with you that radical-fundamentalist ideology is or has become a serious problem in the Middle East and particularly for the peace process. We do not think this is a problem on the Arab side alone; Israel has its own lunatics, as you have stated yourself at one of our meetings in Tel Aviv. (We cannot understand why the Israeli state allows a group of such lunatics to establish their own armed mini-ghetto in the midst of the Arab parts of Jerusalem; or why the Israeli state did not clamp down on the fanatical rabbi and settler environment which led to the massacre by Baruch Goldstein at Hebron. This massacre, the lack of a strong reaction by the Rabin government, and the heroization of this terrorist by radical settlers were the major reasons why Hamas decided to carry out mass suicide attacks against Israeli civilians.²⁵)

Yet we agree that radical fundamentalism is an even bigger problem on the Arab side (and in many other parts of world where neither muslims nor jews play a decisive role). As we read the literature, it is not altogether impossible to reach forms of accommodation even with these radical groups; and we also believe, Israel has no alternative. Even in Europe, we have the experience of violent conflict between radical religious groups, as in Northern Ireland. It took a long time and a complicated process with many setbacks to come to accommodation here. The PLO itself needed years and years before it came to recognize Israel. It did so finally, although Israeli politicians had been very sceptical for a very long time and even supported Hamas, because they thought they were the lesser evil.

That does not mean we are not seriously concerned about totalitarian tendencies in radical Islamic groups. We still believe, however, as we have said in (III) to which you refer, that a substantial agreement on major questions in the peace process would take much steam and legitimacy out of the vehemence and violence of the radicals. According to the literature we read, support for Hamas, which has been elected into government in a generally acknowledged democratic procedure, is not so much

²⁵ See Idith Zertal/Akiva Eldar, *Lords of the Land. The War Over Israel's Settlements in the Occupied Territories, 1967-2007*, New York 2007, p. 122-123

support for their radical Islamic ideology but rather support for their resistance to the occupation and the constant humiliation which it entails as well as the extremely miserable economic situation in Gaza and the West Bank, and support for their lack of corruption compared to PLO officials and the help which Hamas provides to the poor.

In our view, the strategy of isolating Hamas and trying to force it out of the peace process has failed. Israel cannot make peace with one half of the Palestinian people only. And as far as we know, Hamas had been willing to let Fatah negotiate, as long as it was part of a coalition government, and as long as an agreement would be put to a referendum. Many politicians, intelligence people, intellectuals and writers in Israel agree that is necessary not only to defend the country against Hamas but also to talk to them. The phenomenon is well known from almost every “protracted conflict”. In Sri Lanka for instance, the refusal by the government to talk to a party which uses terrorist means only prolongs the conflict. Nepal is a positive example of the contrary effect. Both sides in the conflict between the government and the maoist rebels only had the worst predictions for the future. Yet they could settle their violent dispute by talking to each other.

p. 13 Syria

The literature on the failure of the negotiations with Syria under Barak and the legal complications about the border seems to us more controversial that you make it, you only see Arab duplicity. Major reasons why the negotiations failed, that we can say almost with certainty, were strong opposition to an agreement both in Syria and in Israel as well as misunderstandings and false expectations. Both, Assad as well as Barak, turned out less flexible than the US government had believed they would be. Barak gave in to the Golan Lobby, which is very strong in his own party.

p. 13-14 al-Qaida

Unfortunately, al-Qaida has also become active in Lebanon and in the Palestinian territories. What we read in the expert literature, though, seems to say that al-Qaida is not well connected to political movements with concrete local or regional concerns, although there may be tactical alliances. Hamas is said to be wary of attempts by al-Qaida to influence the movement. (We may expand on the problem of al-Qaida in further discussions.)

p. 14 Conclusions

We have never said that we wanted to end the friendly relationship between Germany and Israel. We have always maintained that the relationship will remain a special one because of the legacy of the Holocaust. As Reiner Steinweg explained in

his opening statement at the Netanya conference, we only want to open German-Israeli relations to mutual criticism, which good friends owe each other when important decisions concerning peace and war are involved. We do not want the legacy of the Holocaust to compromise our integrity as political scientists and peace and conflict researchers, or that of German politicians concerned about Israel. We want to be free to make up our own minds on the Middle East conflict, according to the scholarly and ethical standards which we try to use in all our intellectual work. We do understand that Israel is a country under threat, and we understand your fears – much better now that we have visited your country. We also feel, however, that Israel herself is contributing to this dangerous situation to some extent, although inadvertently, and we are concerned about that, too. This concern has been a central motivation for us to write the “Manifesto”.

With warm regards and great respect

Jörg Becker, Gert Krell, Georg Meggle, Reiner Steinweg

Annex 1:

Gert Krell: Letter to the editors of "The Jerusalem Post"

I am deeply concerned about the article "German professors: Nazis helped establish Israel" (Jerusalem Post, February 20). Had we indeed said what Jonathan Beck writes in the first three paragraphs (which had not been part of his interview with me), the audience of our public conference would have thrown us out – and rightly so. None of us has ever said, written, or even thought that the pressure on German Jews in the 1930s to migrate to Palestine could in any way be constructed as a reason for Germany to feel less obliged to support Israel. Nor have any of us ever said, written, or even thought – as reported by other Israeli news services – that the reparations which Germany has paid to Israel had redeemed its guilt. We did say that the Holocaust had cast a long shadow also on the Middle East, feeding into Israel's sense of insecurity and thus affecting its conflict with the Palestinians. We also said that in the relationship between the Federal Republic of Germany and Israel, the Nazi era and the Holocaust have always been and will remain a central point of reference, on the German side constituting a legacy of obligation to fight racism, especially anti-Semitism, and to maintain friendly relations with Israel. We are extremely unhappy about the misrepresentation of our intentions and our views.

Prof. Dr. Gert Krell, Frankfurt/Main, Germany, co-editor and signatory of the „Manifesto“ on German-Israeli relations

February 22, 2008

Annex 2:

Ari Shavit, *Amazing Grace*, Interview with Ze'ev Sternhell, Haaretz, March 6, 2008, www.haaretz.com/hasen/spages/061668.html

AS: What you are saying is that the excitement at the state's creation was due in part to the fact that what happened there, in the ghetto, was not only a terrible catastrophe: it was also a humiliation.

ZS: Humiliation is hardly the word. There was something far beyond that in the ghetto. It was the transformation of the Jew into a grain of sand. Into nothing. Into someone whose life is worth absolutely nothing. That was the awful thing in those years. The child who sees his mother and sister being taken from him. The child who sees the Jews being beaten like beasts and led to their annihilation. And suddenly now, in the land of Israel, the Jews are fighting like people should. (...) they are human beings like all human beings, and are capable of fighting for their freedom (...) They are not creatures who can be killed or enslaved or be hunted. (...) The Jews (...) were people who were shot in a way that cats and dogs are not shot. I mean they were nonentities, less than animals. (...) And now, just a few years later, the Jew becomes a full and complete being. From a defective being, the Jew becomes a complete being. And he flourishes. He displays the human qualities of courage and self-sacrifice.

(...)

I am not only a Zionist, I am a super-Zionist. For me, Zionism was and remains the right of the Jews to control their fate and their future. I consider the right of human beings to be their own masters a natural right. A right of which the Jews were deprived by history and which Zionism restored to them. That is its deep meaning.

(...)

The upshot is that we still face existential danger, and strength is still our insurance policy for survival. And even though I am against the occupation and even though I want the Palestinians to have rights identical to mine, I understand that I need a nation-state framework to defend myself.

(...)

But the danger is that because of the occupation of 1967, Zionism will become a colonial movement in retrospect. Already now we are in a semi-colonial situation from which we are not succeeding in freeing ourselves.